

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 293-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Leihschekonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3. D. B. u. Dis.-Gef., Depositenk., Jerusalemstr. 65/66.

Englisch-französischer Zollkampf.

Vorbereitung von Gegenmaßnahmen.

Paris, 9. Dezember.

Die Zeitung „Paris Midi“ berichtet: „Da ein Anschlag Frankreichs an England, über Milderung der jüngsten Zollerhöhung zu verhandeln, erfolglos geblieben ist, bereitet die französische Regierung Gegenmaßnahmen im Eimernehmen mit Handel und Industrie, besonders Einfuhrkontingentierung, vor.“

Eine Regierungsvorlage auf Erhöhung der Einfuhrsteuer von zwei auf vier Prozent für Halbfertigfabrikate und auf sechs Prozent für Fertigfabrikate, die aus dem Ausland und den Kolonien nach Frankreich eingeführt werden, ist von der Kammer nach langer Debatte als überprotektionistische Maßnahme auf Vorschlag des Sozialisten Lafont mit 325 gegen 261 Stimmen an die Ackerbaukommission zurückverwiesen worden.

Redeschlacht im Unterhaus.

Labour kritisiert Regierungschwäche.

London, 9. Dezember. (Eigenbericht.)

Im Unterhaus hat die große Auseinandersetzung über die bisherige Tätigkeit der „nationalen“ Regierung begonnen. Zugrunde liegt ein Mißtrauensvotum der Labour-Party, der der Regierung vorwirft, daß sie in den fünf Wochen der zu Ende gehenden

Parlamentsession keine einzige der dringenden Aufgaben in Angriff genommen hat. Den Antrag begründete Abgeordneter Sir Stafford Cripps; er führte aus, daß die Regierung die Währung verfallen lasse, die Bilanzierung der Handelsbilanz mit lächerlichen geringfügigen Einzelmaßnahmen, wie den Zöllen auf — Frühgemüse, behandle, daß sie diese Fragen, die nur durch internationale Zusammenarbeit gelöst werden könnten, aus nationaler Enge betrachte und sich alle handelspolitischen Chancen entgehen lasse. Man wolle der Regierung keinen Protektionismus vorwerfen, denn Protektionismus wäre noch eine entschiedene Politik, was man auch gegen ihn einwenden möge. Die Regierung habe aber überhaupt keine Politik, sondern schwante unentschieden zwischen Freihandel und Schutzzöllen hin und her.

In bereiter Weise schilderte der Redner die drohende Not des kommenden Winters und alle Sorgen, die einen großen Teil der englischen Bevölkerung erfüllte. Die Arbeitslosenunterstützung sei vermindert worden, die Löhne würden herabgesetzt, gleichzeitig stiegen aber die Preise und besonders die Mieten und das Parlament gehe in Ferien, ohne daß nur der dringendste Versuch unternommen worden wäre, dieser dringenden Not zu begegnen.

Die Entgegnung des Premierministers MacDonald war schwach. Er stellte zwar ein Mietegesetz in Aussicht, doch gab er weder einen Zeitpunkt, noch eine Richtlinie dafür an. Im übrigen beschränkte er sich, auf die Antworten hinzuweisen, die die zuständigen Minister im Laufe der weiteren Debatte geben werden.

Am Scheidewege.

Rettung durch Lohnabbau?

Von S. Aufhäuser.

Der Reichskanzler Brüning hat im Oktober in seiner Reichstagsrede erklärt, daß kein Kabinett in der Lage sei, in diesem Winter gegen die Arbeiter zu regieren. Zur Verwirklichung dieser Absicht wären zwei Voraussetzungen erforderlich gewesen. Einmal müßte sich das Reichskabinett in der Abwehr des Faschismus, d. h. der Arbeiterfeinde, in eine Front mit den republikanischen Kräften der breiten Massen stellen, und zum anderen wären entscheidende Schritte erforderlich, um die Not dieser Massen zu bekämpfen, ihnen durch eine aktive Wirtschaftspolitik ausreichenden Lohn und Arbeitsmöglichkeit zu schaffen. Die soeben erschienene vierte Rotverordnung hat für keine der beiden Voraussetzungen eine Erfüllung, wohl aber neue Enttäuschungen gebracht.

Die politischen Maßnahmen gegen die Nationalsozialisten sollen Beschränkungen des Waffenmehrs bringen. Da die Durchführung den Ländern übertragen ist, so ist von den bestehenden nationalsozialistischen Regierungen in Braunschweig usw. kaum eine neutrale Anwendung zu erhoffen. Umgekehrt ist es zu bedauern, daß die Reichsregierung in ihrer Neutralität soweit geht, den republikanischen Schutzverbänden, wie dem Reichsbanner, ein Uniformverbot aufzuerlegen. Durchgreifende Maßnahmen gegen den politischen Terror, wie die zum Beispiel in der Aufhebung der S.A.-Kasernen oder dem Eingreifen des Reiches in das Faschistenregiment in Czujin zu erblicken wären, sind in der Rotverordnung nicht enthalten. Es bleibt in der Hauptsache zunächst bei der vom Reichskanzler im Rundfunk gehaltenen entschlossenen Rede gegen Hitler; denn auch die Bestimmungen über den Ehrenschutz von im öffentlichen Leben stehenden Personen liegen in ihrer Wirksamkeit in der Hand der Rechtsprechung, die uns in der letzten Zeit wenig befriedigt hat. Der weiter verhängte Burgfrieden zu Weihnachten ist für die werktätige Bevölkerung und die Sozialdemokratie angefaßt durch die Rotverordnung verschärften sozialen Spannungen gleichfalls hemmend und unerfreulich.

Entscheidend für die Beurteilung dieser Rotverordnung aber bleibt ihr wirtschaftlicher Inhalt. Die Leitlinie des sogenannten Wirtschaftsbeirats sind in ihrem ungünstigsten Teil verwirklicht worden. Deutschland soll ein billiges Land werden, hat Herr Stegerwald erklärt. Die Regierung hat auch eine zehnprozentige Senkung der Kartellpreise zum 1. Januar 1932 angeordnet, daneben Kohle und Kali, sowie die Frachten verbilligt. Es wäre indes eine Illusion, annehmen zu wollen, daß damit, selbst wenn man die Mietensenkung in den Neubauten von 10 Proz. der Friedensmiete (das sind etwa 7 Proz. der heutigen Miete) einrechnet, auch nur annähernd eine Verbilligung des Arbeiterhaushaltes eintreten könnte, die der gleichfalls verfügbaren zehn- bis fünfzehnprozentigen weiteren Senkung der Löhne und Gehälter entspricht. Für die ungebundenen Preise an Lebensmitteln und Bedarfsartikeln kann zwar von dem eingesehenen Reichskommissar eine Regelung getroffen werden, doch glaubt wohl niemand, daß die Textilpreise noch um 15 Proz. gesenkt werden, oder daß unter Beibehaltung des in der Rotverordnung unerwähnt gebliebenen Zollsystems in den Lebensmitteln der Ausgleich für den neuen Lohnabbau geschaffen wird. Die Erhöhung der Umsatzsteuer dürfte auch nicht dazu beitragen, den wieder einmal angekündigten allgemeinen Preisabbau zu fördern.

Es bleibt vielmehr das Verhältnis dieser ewigen Schrumpfungspolitik, daß die Kaufkraft der Angestellten und Arbeiter noch mehr geschwächt, und damit der Inlandsmarkt immer mehr gelähmt wird.

Die Verfasser jener Rotverordnung übersehen auch vollkommen die Tatsache, daß ein großer Teil der Belegschaften ohnehin nur Kurzarbeiterlöhne bezieht und auch die Einführung der 40-Stunden-Woche mit empfindlichen Lohnkürzungen verbunden ist. Geradezu herausfordernd aber muß es wirken, daß der diesmögliche Lohnabbau ohne jede Verhandlung einfach diktatorisch zum 1. Januar 1932 verfügt wird. Die als unabhängig anerkannten Tariflöhne und Gehälter werden mit einem Federstrich außer Kraft gesetzt. Der kollektive Arbeitsvertrag, der mit als die größte Errungenschaft der Nachkriegszeit gefeiert wurde, ist in seinem wesentlichsten Bestandteil so gut wie aufgehoben worden. Die Sozialreaktion darf einen ihrer schönsten Träume erfüllt sehen.

Der Staat, der auch diesmal im eigentlich kapitalistischen

Deutschlands Auslandsschulden.

Statistik im Baseler Ausschuß.

Basel, 9. Dezember. (Eigenbericht.)

Im Sonderausschuß der VÖZ, erstattete Frère-Belgien einen Bericht des technischen Komitees, das deutsche Statistiken über die Privatkredite zu prüfen hatte. Diese Statistiken werden als eine sehr sorgfältige Arbeit bezeichnet und mit den Zahlen verglichen, die diesen Delegationen zur Verfügung stehen. Die Nachprüfung ist indessen sehr schwierig, da die Statistiken Deutschlands und die der anderen Länder vielfach auf verschiedenen Grundlagen beruhen. Die Differenz zwischen den Zahlen des Wiggin-Komitees und den neuen Zahlen ist darauf zurückzuführen, daß die Privatschuldner ihre Berichte den deutschen Behörden erst später zukommen ließen. Hinsichtlich der kurzfristigen Bankschulden tritt in den neuen Ziffern eine Erhöhung um 300 Millionen Mark ein, während sich die Privatschulden gegenüber dem Bericht des Wiggin-Komitees um 12 Millionen Mark erhöhen. Das Unterkomitee hat die deutsche Delegation um ergänzende Mitteilungen.

Dann sah Dr. Melchior sein Exposé über die deutsche Zahlungsbilanz vor. Er gab Auskünfte über die vier Kategorien von deutschen Schulden, die deutsche Zahlungen an das Ausland erforderlich machen: die im Ausland aufgenommenen langfristigen Anleihen, nichtöffentlich im Ausland ausgenommene Anleihen, Obligationen und Aktien, die in Deutschland ausgegeben wurden, sich jedoch in den Händen von Ausländern befinden. Diese drei Kategorien umfassen die langfristigen Auslandsschulden im Gesamtbetrag von 11,5 Milliarden Mark. Die vierte Kategorie umfaßt die kurzfristigen Schulden von 12 Milliarden Mark. Zu dieser Kategorie gehören Bank-, Industrie-, landwirtschaftliche und kommerzielle Schulden.

Kein Zutrauen zur Sicherheit der Republik.

Paris, 9. Dezember.

Zur Rundfunkrede des Reichskanzlers schreibt „Paris Midi“, die Rotverordnung stelle eine energische Geste dar. Ständen die lebendigen Kräfte Deutschlands hinter Brüning oder hinter Hitler? Brüning kämpfe für das Heil der deutschen Verfassung und wolle die Mark retten. Politisch hat er die Nationalsozialisten gegen sich, währungspolitisch die Schwerindustrie und die Landwirtschaft, die lieber eine Inflation wollten.

Neue Steuern in Deutschland und in Amerika, Budgetkrise in Amerika, Währungskrise in Deutschland, Währungsschwäche in Großbritannien, das ist die internationale Lage nach dreizehn Jahren des Friedens!

Gibt es wirklich in Deutschland Männer, die glauben, nur ein neuer Krieg könne die Uebel heilen, die der Krieg verursacht habe? Brüning habe recht, wenn er erklärt, daß Gesamtlösungen notwendig seien. Aber müßten solche Gesamtlösungen nicht zum mindesten politisch auf festem Grund und Boden aufgebaut sein? Man bouw aber nur auf dem auf, was besteht. Daraus ergäben sich die Schwierigkeiten, in Zusammenarbeit mit dem gegenwärtig

gen Deutschland etwas aufzubauen. Die Ergebnisse der neuen Rotverordnung und die ihr folgenden Reaktionen könnten den Regierungen bei ihrer bevorstehenden Konferenz in ihren Entscheidungen helfen.

Die französischen Freunde der Verständigung mit Deutschland werden sich nicht verhehlen können, wie unendlich viel die französische Politik seit dem Waffenstillstand von 1918 zur Großzucht des deutschen Nationalismus auf Kosten der deutschen Demokratie getan hat...

Deutschlands Gläubiger einig?

Paris, 9. Dezember.

Wie „Lemps“ berichtet, soll der amerikanische Bankier Wiggin erklärt haben, die Bankvertreter der Gläubigerländer Deutschlands seien hinsichtlich der Frage der kurzfristigen Kredite untereinander einig.

Kräftige Besserung der Reichsmark.

Starke Nachfrage in Amsterdam.

Die Reichsmark, die an den ersten beiden Wochentagen an den internationalen Devisenmärkten schwach lag, wies am Mittwoch an den großen Börsenplätzen durchweg kräftige Ausbelegungen auf.

So stieg die Mark in Amsterdam von 56,70 auf 57,55 Gulden. In holländischen Börsenkreisen spricht man von starken Markkäufen deutscher Kapitalflüchtlinge, die durch die Reichsfluchtsteuer und die scharfen Straßandrohungen sich angeblich veranlaßt gesehen haben, die Kapitalflucht wieder rückgängig zu machen. Bemerkenswert war auch die kräftige Besserung der Mark in der Schweiz, wo an der Züricher Börse der Markkurs von 117,50 bis auf 120 Schweizer Franken gegen 100 Mark anstieg. In London wirkte sich die Markbesserung in einem weiteren Absinken des Pfundes, von 14,25 auf 13,90 Mark, aus, während gegenüber anderen Währungen das Pfund sogar eine kleine Besserung aufwies.

Heute Fraktionsvorstand.

Die Sozialdemokraten bei Brüning.

Der Reichskanzler hatte zu Mittwochmittag die Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu sich gebeten, um ihnen einige ergänzende Mitteilungen über den Inhalt der neuen Rotverordnung zu machen. Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wird Donnerstagnachmittag zur Beratung der Rotverordnung zusammentreten. Die Gesamtfraktion der Sozialdemokratischen Partei ist für Montagnachmittag 2 Uhr einberufen.

Betriebe, nämlich bei den Banken, vor einer echten Kontrolle zurückgeschreckt ist, hat auf der anderen Seite in die Vermögensverfügung der Arbeiter und Angestellten, nämlich in die Verwertung ihrer Arbeitskraft, zwangsweise und scharf eingegriffen. Diese Rettungsaktion Deutschlands geht auf Kosten des Reallohns, und der Reichskanzler hatte doch erklärt, er wolle nicht gegen die Arbeiter regieren.

Bei der Balancierung der öffentlichen Staats ist auch wiederum die Kürzung der Beamtgehälter, sowie der Einkommen für Arbeiter und Angestellte in Reich, Ländern und Gemeinden zum entscheidenden Faktor geworden.

Bei den Krankenkassen sind die Leistungen auf die sogenannten Regelleistungen zurückgeschraubt worden. Bei der Unfallversicherung sind die kleinen Rentenfälle beseitigt worden. In der Invalidenversicherung konnten die Fürsorgeleistungen in Wegfall, und es ist keine Vorfrage getroffen, um den Landesversicherungsanstalten endlich die Flüssigmachung ihrer Vermögensbestände zu ermöglichen.

Die gesamte Sozialversicherung wird darüber hinaus von den Maßnahmen der Reichsregierung zur Zinsenkürzung außerordentlich schwer betroffen. Die zwangsweise Herabsetzung der Zinsen der Pfandbriefe von 8 auf 6 Proz. und die damit verbundene Kursverminderung bringen für die Versicherungsträger in den laufenden Einnahmen wie auch im Gesamtwerk ihrer Vermögensanlagen neue und schwere Belastungen. Das gleiche Schicksal dürften die Sparkassen teilen, deren Vermögen zu einem sehr erheblichen Teil in solch mündelsicheren Papieren angelegt sind. Es kann überhaupt kaum angenommen werden, daß die Reichsregierung sich nicht der Erschütterungen bewußt gewesen sein soll, die mit einer derartigen Zwangsbestimmung der Zinsen verbunden sein werden. Es ist aber mehr als bedenklich, solche Experimente lediglich aus politischen Erwägungen zu machen.

Das gesamte Winterprogramm ist allzusehr von der Tendenz erfüllt, durch fortschreitende Senkung der Lebenshaltung des Volkes zu einer Art von Binnenwirtschaft zu gelangen. Dieses System der Selbstbehauptung geht stets zu Lasten der werktätigen Bevölkerung.

Die Reichsregierung hat vor dem Erlaß dieser vierten Notverordnung vor der Entscheidung gestanden, ob sie endlich einen Kurswechsel einleiten lassen und auf den weiteren Lohnabbau verzichten will. Ihre Entscheidung ist gegen die Masse der Werktätigen ausgefallen. Die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung aber wird nur einer Reichspolitik zustimmen können, die dem Arbeiter, Angestellten und Werktätigen ausreichenden Lebensspielraum beläßt.

Neuer Dolchstoß Hitlers.

Sein Blatt bezeichnet die Reichsregierung als „nicht verhandlungsfähig“.

München, 9. Dezember. (Eigenbericht.)

Während der Reichskanzler in seiner Rundfunkrede am Dienstag mit dem Legationsratsminister Windel Hitlers offiziell auftrat, amüsierte sich der Reichstagspräsident in der üblichen Weise als Stammgast in der Loge eines Stimm bei dem Lustspiel „Der Herr Bürovorsteher“. Nach diesem Vorbild seines Herausgebers beschäftigt sich auch der „Völkische Beobachter“ mit dem Dokument der Notverordnung.

Das Blatt gibt sich nicht die geringste Mühe, seinen Lesern den sachlichen Inhalt der Notverordnung klarzumachen, sondern beschränkt sich im wesentlichen darauf, den Kanzler wegen des Vorstoßes gegen die Staatsverbrechen des Haltenkreuzes anzuklagen. Brünning habe nur die Forderungen der judomarktischen Presse erfüllt und das in einer „Unbeherrschtheit und Maßlosigkeit“, die erstaunen mache. Er habe als ein Mann gesprochen, der sein Spiel als Politiker schon verloren gebe, und in der Tat habe der Kanzler mit dieser Rede nur seinen eigenen Fall beschleunigt. Zum Schluß wird die Anwendung der Notverordnung Abschnitt 8 gegen Brünning selbst gefordert, weil er in seiner Funktion „in die unabweisbar erklärte Begaltität unserer Zweifler gesetzt“ hat. Das Blatt sieht in dieser Tatsache eine „übelle Nachrede gegen Persönlichkeiten, die im öffentlichen Leben stehen“ und eine Verletzung der Ehrenschutzbestimmung der neuen Notverordnung, die mit Gefängnis nicht unter drei Monaten zu bestrafen ist.

In der gleichen Ausgabe des Hitler-Blattes versucht der Hauptkreditgeber Rosenberg die Wahrheit über den täglichen Mißerfolg seiner Londoner Reise zu verunkeln. Ohne jede Angabe der notwendigen Einzelheiten erzählt er seinen gläubigen Lesern, daß er in London mit dem größten Verständnis für die Widerständigkeit der französischen Gewaltpolitik empfangen worden sei und daß durch seine Bemühungen sehr einflussreiche Kreise in England sich der nationalsozialistischen Forderungen bereits angeschlossen hätten.

Rosenberg erblüht den Erfolg seiner Londoner Reise darin, daß man nunmehr „das Kabinett Brünning nirgends mehr in der Welt als wirklich verhandlungsfähig“ ansehe.“

Karwahn's Erzählungen.

Der neueste Nazischwindel.

Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Karwahn hat neulich, wie einem Bericht des „Hildesheimer Abendblatts“ zu entnehmen ist, in einer Rede in Hildesheim erzählt, es habe die SPD. von Brünning zur Fällung der Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften 50 Millionen Mark erhalten. Offenbar soll ein neuer Schwindel ähnlich dem über Jakob Goldschmidt und den „Docmörts“ aufgezogen werden. Darum sei festzustellen, daß an der neuen Geschichte genau ebensolche Wahr ist wie an den anderen — nämlich kein Wort.

„Angriff“ und „Rote Fahne“ verboten.

Auf acht Tage vom Reichsministerium des Innern.

Der Polizeipräsident hat die beiden Tageszeitungen „Der Angriff“ und „Die Rote Fahne“ auf Grund der Notverordnung wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bis einschließlich 17. Dezember 1931, also auf acht Tage, verboten.

2 Prozent Kreditverbilligung.

1 Proz. Diskont und 1 Proz. Lombardsenkung.

Das Reichsbankdirektorium hat beschlossen, den seit dem 2. September bestehenden Diskontfuß von 8 auf 7 Proz. und den Lombardsfuß von 10 auf 8 Proz. herabzusetzen.

Der Reichsbankpräsident Lütke hat die Maßnahmen der Reichsbank in der Zentralausführung folgendermaßen begründet:

„Bei einer Nachprüfung des bei der Reichsbank gegenwärtig geltenden Diskont- und Lombardsfußes auf seine Berechtigung hin muß man auf der einen Seite dem Umstand Rechnung tragen, daß unsere Währung infolge der bestehenden Devisenordnung und des Stillhalteabkommens sich zur Zeit nicht in unbehinderterem Wechselverkehr mit den ausländischen Währungen befindet. Dabei ist zu beachten, daß ein großer Teil dieser ausländischen Währungen infolge der in diesen Ländern bestehenden Vorschriften sich mehr oder weniger dem Charakter einer Binnenwährung nähert, während noch andere Währungen gegenwärtig ohne die Grundlage einer festen Münzparität sind. Auf der anderen Seite wäre es falsch, anzunehmen, daß der deutsche Geldmarkt mit den ausländischen Märkten überhaupt nicht mehr kommuniziere. Es findet vielmehr, und zwar besonders insoweit es sich um die Wiederanspruchnahme der durch das Stillhalteabkommen vorgehaltenen Kreditlinien handelt, eine Wechselwirkung zwischen dem von den ausländischen Gläubigern und abgeforderten Zinsfuß und dem Diskontfuß der Reichsbank statt. Ob in diesem Gesamtbild der jetzige Diskont- und Lombardsfuß der Reichsbank beizubehalten ist, besteht besondere Veranlassung zu untersuchen, nachdem durch die erlassene Verordnung des Reichspräsidenten die bisher bestehende Unsicherheit über den Ausgleich des Haushalts für den Rest des Haushaltsjahres 1931 behoben worden und ein Haushaltsplan in Kraft getreten ist, der den Rest des Jahres 1931 abdeckt, dies alles in Verbindung mit tiefgreifenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen, zu denen das Reichsbankdirektorium keine Stellung nehmen kann, die aber den Willen der Reichsregierung, die wirtschaftliche Grundlage für die Aufrechterhaltung der Währung zu sichern, betonen. Im besonderen gilt es zu prüfen, ob es nicht bei voller Beachtung der währungs- und devisenpolitischen Gesichtspunkte, die trotz der eingangs geschilderten Besonderheit der derzeitigen Lage der deutschen Reichsmark ihre Geltung behalten, möglich ist, durch entsprechende Herabsetzung der bestehenden Diskont- und Lombardsfüße, die in der Entwicklung liegenden preissteigernden Tendenzen zu unterstützen, die neben oder auf Grund der Notverordnung durch beschlossene oder geplante Maßnahmen verschiedener Stellen, wie der Reichsbahn, anderer Unternehmungen oder innerhalb der Geschäftswirtschaft einen neuen Antrieb erhalten. Diese Prüfung hat die Möglichkeit einer Senkung des Diskontfußes um

1 Prozent und einer Senkung des Lombardsfußes um 2 Prozent ergeben, wodurch die früher übliche Spanne von 1 Prozent zwischen Diskont- und Lombardsfuß wiederhergestellt würde.“

Der Zentralauschuß hat sich der Auffassung des Reichsbankdirektoriums einstimmig angeschlossen.

Die Reichsbank ermöglicht durch ihren Beschluß eine allgemeine Senkung der Kreditkosten in der Wirtschaft um 2 Proz. Wir haben vor einigen Wochen die Möglichkeit einer derartigen Diskont- und Lombardsenkung nachgewiesen und nachdrücklich angeregt. Die Tatsachen haben uns recht gegeben. Die Reichsbank hat auch ihre bisherige Auffassung aufgegeben, daß eine Senkung des Diskonts mit Rücksicht auf die höhere Verzinsung der Stillhaltungskredite nicht angängig sei. Dieses Argument konnte nur dadurch Geltung haben, daß man Rücksicht auf die beteiligten Banken nahm. Diese Banken haben aber jahrelang von einer sehr hohen Zinsspanne profitiert, da die jetzt stillgehaltenen Auslandskredite früher erheblich billiger waren als die der Reichsbank. Volkswirtschaftlich ließe sich eine Rückfichtnahme nicht rechtfertigen.

Die Möglichkeit einer weiteren Kreditverbilligung liegt noch bei den von den Banken aufgeschlagenen Provisionen. Der Bankenkommisär hat durch die Notverordnung sehr weitgehende Vollmachten erhalten. Es wird keine Aufgabe sein, die Verbilligungsmöglichkeiten auch bei der Provisionsberechnung sicherzustellen.

Banken folgen der Reichsbank.

In Erwartung der Reichsbankbeschlüsse haben gestern die Vertreter der Berliner und der Provinzialbanken (Stempelvereinigungen) schon ihre Beschlüsse gefaßt. Die Banken hatten im allgemeinen bisher nach dem Lombardsfuß ihre Kreditzinsen berechnet. Dieser betrug 10 Proz., er beträgt jetzt 8 Proz. Obwohl der Diskontfuß nur um 1 Proz. gesenkt wird, erfolgt eine Kreditverbilligung bei den Banken um 2 Proz. Freilich darf man darin keine besondere Leistung der Banken erblicken. Vor der Juli-Katastrophe betrug die Spanne zwischen Diskont- und Lombardsfuß auch nur 1 Proz., wie es jetzt wieder der Fall ist. Erst seit der Juli-Katastrophe bestand eine zwei-prozentige Spanne, die die Banken zu Unrecht für sich und gegen das Interesse der Kundschaft zu einer Kreditverteuerung ausgenutzt hatten.

Offen ist die Frage, was mit den Zinsen geschieht, die für Bank- und Sparkasseneinlagen gezahlt werden. Hier wird ein einheitliches Vorgehen von sämtlichen öffentlichen und privaten Instituten angestrebt.

Nazis überfallen Gewerkschaftshaus.

Schwere Ausschreitungen von Hitler-Banden in Jittau.

Jittau, 9. Dezember. (Eigenbericht.)

In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch überfielen etwa 100 Nationalsozialisten nach einer Versammlung im Lindenhof in Jittau das hiesige Gewerkschaftshaus. Obwohl der Otonom die Polizei sofort alarmierte, traf das Ueberfallkommando erst nach einiger Zeit ein. Inzwischen mußten die Nationalsozialisten wie die Banditen.

Die Nationalsozialisten suchten im Gewerkschaftshaus angeblich Reichsbannerleute und Maschinengewehre. Sie erbrachen zu diesem Zweck eine Aborttür, die nach dem Versammlungssaal führte. Außerdem wurde eine Tür zum Jugendheim aufgebrochen und dort in alle Winkel und Ecken hineingelockert. Selbst das Dachgeschoß wurde abgeflucht. Als es nach Eintreffen der Polizei schließlich gelang, die Verbrecher aus dem Gewerkschaftshaus hinauszutreiben, sammelten sie sich sofort in einer Nebenstraße. Hier überfielen sie einen Reichsbannermann und traktierten ihn mit den Füßen, bis ein Polizeibeamter ihn aus den Händen seiner Peiniger befreien konnte. Der schwerverletzte Reichsbannerkamerad mußte dem Krankenhaus zugeführt werden. Einige Zeit später zogen die Nazis nach der Altstadt und riegelten den Stadtbezirk nach allen Seiten ab. Unter dem Schutz von Marktbuden drängten sie zu der Jittauer „Volkszeitung“ und überfielen hier drei Reichsbannerleute. Später räumte die Polizei das Nazilokal „Zum Stern“ und nahm einige Rädelsführer fest.

Die ganze Aktion war, wie die polizeilichen Ermittlungen ergeben haben, von langer Hand vorbereitet.

Uniformverbot wird durchgeführt.

Nassenzwangsgestaltungen von Nationalsozialisten in Wuppertal.

Im Laufe des Dienstags zeigten sich an den verschiedenen Stellen der Stadt Nationalsozialisten einzeln oder in kleinen Trupps in voller Uniform mit der offensiblen Absicht, sich nach vorgefertigtem Plan über die Verordnung des Oberpräsidenten hinwegzusetzen. Im ganzen wurden rund 100 uniformierte Nationalsozialisten zwangsgestellt. Soweit sie von der Aufforderung der Polizei, sich Zivilkleider zu verschaffen, Gebrauch machten, wurden sie nach Feststellung ihrer Personallisten entlassen. Der Rest, der diese Aufforderung ablehnte, wurde erst im Laufe der Nacht auf freien Fuß gesetzt.

Cutiner Schreckensurteil bestätigt.

Gegen Nationalsozialisten wird nichts unternommen.

Lübeck, 9. Dezember. (Eigenbericht.)

Vor dem Landgericht Lübeck fand am Mittwoch der Berufungsprozess gegen elf Reichsbannerleute statt, die am 13. November vom Cutiner Schnellgericht wegen Vergehens gegen die Waffenatverordnung vom 28. März 1931 zu Gefängnisstrafen von 2 bis 9 Monaten verurteilt worden waren. Die Reichsbannerleute waren auf Veranlassung der Gewaltung des Reichsbanners in den kritischen Novembertagen nach dem bekannten Ueberfall der Nationalsozialisten auf den Reichsbannerzug zum Schutz der Cutiner republikanischen Bevölkerung nach Cutin gegangen.

Die Strafkammer Lübeck bestätigte das Schreckensurteil von Cutin. Zwar wurden die beiden höchsten Strafen von

9 Monaten Gefängnis auf 6 und 3 Monate ermäßigt, doch wurden dafür andere Strafen von 2 auf 3 bzw. 4 Monate erhöht. Von der Verteidigung wurde der Staatsanwaltshaft die Frage vorgelegt, ob irgend etwas gegen die Nationalsozialisten, die sich durch ihren Ueberfall am 9. November zweifellos des Landfriedensbruchs schuldig gemacht hatten, unternommen wäre. Der Staatsanwalt wies zunächst dieser Frage aus, mußte schließlich aber zugeben, daß gegen keinen Nationalsozialisten etwas unternommen sei.

Gühne für politischen Mord.

Ein Kommunist zu 5 Jahren 9 Monaten Gefängnis verurteilt.

Köln, 9. Dezember. (Eigenbericht.)

Das Schwurgericht Köln verurteilte am Mittwoch den 18-jährigen Arbeiter Heinrich Risch wegen versuchten Totschlags zu fünf Jahren neun Monaten Gefängnis (beantragt waren 6½ Jahre Zuchthaus). Mehrere Mitangeklagte erhielten Gefängnisstrafen von sechs Monaten bis zu zwei Jahren. Der Antrag auf Strafausschuß wurde abgelehnt.

Am 9. August dieses Jahres, morgens gegen zwei Uhr hatte eine Gruppe von Kommunisten, davon fünf im Alter von 16 bis 18 Jahren, beim Palastleben einen Zusammenstoß mit Stahlhelmern, die in das Haus des 30-jährigen Stahlhelmführers Heister stürzten. Hier schloß der jugendliche Risch durch die Wästel in den dunklen Hausflur. Das Geschloß traf den Stahlhelmführer, der nach wenigen Minuten starb.

Vor dem Gerichtsgebäude kam es während der Verhandlung am Mittwoch wiederholt zu Schlägereien zwischen Kommunisten und Angehörigen der Rechtsparteien. Die Polizei griff mit dem Gummiknüppel ein.

Der Trocadéro-Krach.

Paris, 9. Dezember. (Eigenbericht.)

Fast drei Stunden dauerte die stürmische Kammerdebatte über den nationalsozialistischen Radau bei der Abrüstungstagung im Trocadéro, wobei es aber nur um das Datum für die Interpellationsdebatte darüber ging. Der Ministerpräsident hatte sich anfangs mit der sofortigen Diskussion der Interpellation einverstanden erklärt, angehts des ungeheuren Tumults jedoch, den die Ausführungen der verschiedenen Redner der Rechten und Linken hervorriefen, verlangte er die vorläufige Vertagung der Interpellation unter Stellung der Vertrauensfrage. Mit 324 gegen 266 Stimmen der Kommunisten, Sozialisten, Linksrepublikaner und der Gruppe der unabhängigen Linken kam die Kammer diesem Wunsch der Regierung nach. Der Nationalist Laittinger hatte als Gegenstück zu der Rundgebung im Trocadéro die Sprengung der nationalsozialistischen Versammlung in Bordeaux durch die Sozialisten angeführt und den sozialistischen Bürgerminister Marquet für das Verfehlen der Polizei verantwortlich gemacht. Davaud bedauerte, daß der Präsekt von Bordeaux dem Bürgermeister die Polizeigewalt bei dieser Gelegenheit nicht entzogen habe. Darauf ging Herriot auf die Vorfälle im Trocadéro ein. Er verurteilte äußert scharf die nationalsozialistischen Störenfriede und erklärte die Haltung der Polizei als nicht frei von Kritik. Davaud antwortete darauf, die Polizei habe vollkommen ihre Pflicht getan. Der Friede sei und könne nicht das Erbtel einer Partei sein. Die Mehrheit werde dem Lande setzen können, daß die Regierung leidenschaftlich den Frieden, und zwar den Frieden in der Sicherheit, wünscht. Frankreich könne eine Beschränkung seiner Rüstungen nur unter der Versicherung des gegenseitigen Bestandes annehmen. Er glaube, damit die Wünsche aller zum Ausdruck zu bringen.

Fünfmarsstückfabrik ausgehoben. Hersteller und Verreiber des Falschgeldes verhaftet.

In der Luchener Straße in Berlin N. wurde gestern durch Kriminalrat Schulze eine modern eingerichtete Falschmünzwerkstatt ausgehoben. Die Hersteller der Falschstücke und ein Verreiber des Falschgeldes konnten auf frischer Tat festgenommen werden.

Durch einen Zufall kam die Polizei den Tätern, die bereits seit Monaten ihr Unwesen trieben, auf die Spur. Am 2. Oktober wurden auf der Luchener Straße zwei Radfahrer angehalten, die ohne Licht fuhren. Als der Beamte nach der Legitimation fragte, ergriff einer der beiden Radfahrer die Flucht und entkam. Den Begleiter konnte der Landjäger festhalten und zur nächsten Polizeistation bringen. Bei der Vernehmung wurden in den Taschen des Festgenommenen 29 falsche 5-Mark-Stücke, sogenannte Rheinland-Zubläums-Münzen, gefunden. Es handelte sich um gelungenes Falschgeld. Seinen Komplizen wollte der Festgenommene, ein Paul Hahn aus Berlin, nicht kennen. Er wurde ins Polizeipräsidium gebracht und im Gewahrsam behalten. Schon am nächsten Tage konnte ermittelt werden, daß die beiden auf dem Wege nach Luckenwalde in Trebbin und Groß-Schulzenhof zahlreiche Falschstücke an den Mann gebracht hatten. Die Falschgeldzentrale stellte daraufhin eingehende Ermittlungen nach den Herstellern an. Dabei kam man auf die Spur eines 43 Jahre alten Schlossers Ernst Wobster aus der Luchener Straße. Die Beamten der Falschgeldzentrale fanden dort eine gut eingerichtete Falschmünzwerkstatt vor. Wobster und sein 18jähriger Sohn wurden mitten in der Arbeit angetroffen. Zu ihren Fälschungen benutzten die beiden nicht weniger als 15 Formen, in denen sie die Falschgeldstücke mit verschiedenen Jahreszahlen anfertigten. Als die Beamten gerade mit der weiteren

Durchsuchung der Räume beschäftigt waren, erschien völlig ahnungslos ein Verreiber, um sich wieder mit Falschstücken zu versorgen. Er wurde sofort festgenommen. Bald stellte sich heraus, daß man den Mann vor sich hatte, der sich auf der Luckenwalder Chaussee seiner Festnahme durch die Flucht entzogen hatte. Es ist ein Maurer Franz Kochhan.

Außerdem wurde noch ein weiterer Komplize verhaftet. Sämtliche Festgenommenen sind im vollen Umfange gefänglich.

Schießerei in Berlin N. Mehrere Verletzte. — Die Täter geflüchtet.

In der Weichenburger- und Treskowstraße im Norden Berlins kam es gestern abend zu einem folgenschweren Zusammenstoß zwischen Faschisten und Kommunisten. Kurz nach 20 Uhr verließen 3 Nationalsozialisten ihre Parteilokal in der Weichenburger Straße 67. In der Treskowstraße stießen die drei mit einer Gruppe von etwa 20 Kommunisten zusammen. Die Kommunisten feuerten mehrere Schüsse auf ihre Gegner ab und stachen dann auf die Verletzte mit Messern ein. Der 31 Jahre alte Willi Wehler aus der Schönewaldstraße 5 erhielt einen Schuß ins Genick sowie Stiche in die Schläfe und in die rechte Hand, der 18jährige Kurt Mau aus der Stolpischestraße 13 wurde durch einen Knieschuß niedergestreckt. Ein weiterer Beteiligter, der 25 Jahre alte Otto Steiner aus der Danziger Straße 93 kam mit leichten Kopfverletzungen davon. Zwei mutmaßliche Täter wurden später festgenommen und der Politischen Polizei des Polizeipräsidiums eingeliefert.

Gasgefahr über Hamburg. Acht Personen durch Schmelzdämpfe erkrankt.

Hamburg, 9. Dezember.

In einem Sägereibetrieb in der Hoewelstraße erlitten sieben Männer und eine Frau plötzlich Schwächezustände. Die Erkrankungen waren auf Vergiftung durch Schmelzdämpfe aus der benachbarten Norddeutschen Raffinerie zurückzuführen. Die Betroffenen fanden Aufnahme in einem Krankenhaus. Lebensgefahr soll bei keinem bestehen, doch sind drei Personen schwer erkrankt.

Zu den Erkrankungen werden noch folgende Einzelheiten gemeldet:

In der Norddeutschen Raffinerie wurden in sogenannten Konvertieren Erze umgeschmolzen. Beim Umkippen des Schmelzofens bildeten sich regelmäßig Gase, die einen gewissen Prozentsatz schwefelige Säure (SO2) enthalten. Wie die Norddeutsche Raffinerie mitteilt, waren diese Gase sonst regelmäßig aufgestiegen und durch die Fensterrolläden der hohen Halle entwichen. Am Mittwoch vormittag wurden die Gase aber durch das trübe Wetter und den Nebel wieder niedergedrückt. Durch einen unglücklichen Wind trieben sie in die benachbarte Ristenfabrik der Firma Christian Dobbertin und Söhne. Hier bemerkte man plötzlich, wie Arbeiter, die sich in unmittelbarer Nähe der Kreisjägerei befanden, zu taumeln begannen und schließlich zusammenbrachen. Man alarmierte die Feuerwehr. Als der Ruf „Gasvergiftung“ gegeben wurde, brachen zwei Jüge zur Unglücksstelle auf, und mit Gasmasken bewaffnet drangen die Feuerwehrleute in den Betrieb ein und holten acht Personen heraus, die in das Krankenhaus St. Georg gebracht wurden. Inzwischen war auch Schutzpolizei mit den Gasgeräten eingetroffen, so daß sich hier zum erstenmal die Schlagfertigkeit von Polizei und Feuerwehr bei einem ersten Gasalarm bemessen konnte. Von den in der Ristenfabrik Beschäftigten wird betont, daß sich die Gasbelästigung schon früher sehr oft unangenehm ausgewirkt hätte. Auch andere Betriebe hätten sich darüber beklagt, jedoch sei es immer bei vorübergehenden Maßnahmen geblieben, da keine ernsthaften gesundheitlichen Folgen aufgetreten seien. Die eingeleitete Untersuchung der Polizei wird alles Nähere ergeben müssen.

Bürger spricht für hilfsbedürftige Kinder.

Das Wohlfahrts- und Jugendamt des Bezirksamts Weichensee veranstaltet am Donnerstag, dem 10. Dezember 1931, 20 Uhr, in der Stadthalle Weichensee, Viktoriusstraße 23 (Nähe Antonplatz), einen Lichtbildervortrag über Weltwunder und Weltbau, um Mittel für die Weihnachtsgeschenke hilfsbedürftiger Kinder zusammenzubekommen. Der bekannte Astronom und Schriftsteller Bruno W. Bürgel, der einen großen Teil seiner Kindheit in dem dunklen Haus „Das graue Elend“ in Weichensee verlebte, hat sich entgegenkommender Weise in den Dienst dieses Hilfswerkes gestellt. Er spricht über das Thema „Am Unendlichen“. Der Gesamtverdienst dieser Veranstaltung fließt den bedürftigen Kindern des Bezirks zu. Karten sind zu haben im Bezirksjugendamt Weichensee, Viktoriusstraße 17, Zimmer 10; im Volksbildungsamt Weichensee, Albertinenstraße 6; in der Buchhandlung Willbrandt, Berliner Allee 219; im Kaufhaus Brunn jun., Berliner Allee 29-32, und an der Abendkasse. Eintritt 1 M., für Schüler 0,75 M.

Nicht als 40 Anzeigen sind in den letzten Tagen von Drittfremden bei der Kriminalpolizei erstattet worden. Es handelt sich immer um junge Burschen und Mädchen, die aus der Provinz nach Berlin gekommen sind in der Hoffnung, hier Arbeit zu finden. Auf den Arbeitsämtern sollen sie dann Schwindlern in die Hände, die die umgewandten Provinzler um ihr letztes Hab und Gut beraubern. Die Geschädigten erhalten in den seltensten Fällen ihre Habfeligkeiten wieder.

Heute Mordprozeß Reins.

Das Verbrechen an dem Gelddriefträger Schwan.

Vor dem Landgericht II beginnt heute morgen die auf drei Tage berechnete Verhandlung gegen den 24jährigen Maurer Ernst Reins, der am 1. Mai d. J. den Gelddriefträger Schwan ermordet und beraubt hat.

Die Tat hat bei der Berliner Bevölkerung ungeheure Empörung ausgelöst; die Beisehung des Opfers fand unter außerordentlich großer Beteiligung statt. Das Raffinement, mit dem Reins seine Tat begangen, die kriminalistische Kleinarbeit, die die Polizei durch Feststellung des Täters durchgeführt hat, Reins Flucht in Begleitung seiner beiden Schwestern nach Italien und endlich das besondere Willen der Familie Reins — das alles gibt dem heutigen Prozeß eine eigene Note.

Die Tat des Maurers Ernst Reins ist nicht als nackte Nottat zu verstehen; sie kann den sozialen Werten der Zeit nur bedingt zur Last gelegt werden. Ernst Reins ist ein erblich schwer belasteter Mensch; sein Vater, ein Sphäritiker, befindet sich in der Irrenanstalt, auch der Sohn hat Anzeichen der erblichen Sphälie. Die Familie, die anfangs in günstigen Verhältnissen lebte, führte später ein halb proletarisches Kleinbürgerliches Dasein; sie wollte aber hoch hinaus. Die Töchter lebten in der Halbwelt, besaßen gut zahlende Freunde, verkehrten in ersten Volalen. Hatte der Sohn Arbeit — er war fleißig und sparsam — so fehlte es an nichts im Hause; war er arbeitslos, so fand er sich in seiner Lage schlecht zurecht. Der scheinbare Glanz, in dem seine Schwestern lebten, erfüllte ihn mit Neid und Mißgunst. Er fühlte sich als

Ernährer der Mutter, litt darunter, daß er ihr nicht das bieten konnte, was sie brauchte. Er verbrachte seine Tage mit Lesen von Kriminalromanen und mit Grübeln. Auf diesem Boden reifte der Plan zu dem unglücklichen Verbrechen.

Bezirksreform muß kommen.

Beratungen um Schaffung einer neuen Bezirksverfassung.

Auf der Tagesordnung der gemeinsamen Sitzung des Magistrats und der Vorsitzenden der Bezirksämter stand gestern auch die Frage der Neueinteilung Berlins. Nach kurzer Erörterung wurde die Besprechung auf die nächste gemeinsame Sitzung vertagt, wo sie als einziger Punkt auf der Tagesordnung stehen soll. Einmütigkeit herrschte darüber, daß eine Veränderung der Bezirkseinteilung nur möglich ist, wenn das Gesetz geändert wird, sowie darüber, daß neben der Frage der Bezirkseinteilung auch die Frage der Bezirksverfassung zur Erörterung gestellt werden muß.

In dem Berlin-Gesetz hat der Gesetzgeber die Schaffung einer neuen Bezirksverfassung offengelassen. Dieses wichtige Kommunalproblem ist in dem Gesetz in der Lösung stecken geblieben. Es ist jetzt die Aufgabe der verantwortlichen Männer, Vorschläge für die endgültige Regelung der Frage zu machen. Das letzte Wort haben als Gesetzgeber Staatsregierung und Parlament.

Unabhängig von der Neuregelung der Bezirksverfassung wird im Rathaus an dem Entwurf der Zuständigkeitsregelung zwischen Zentrale und Bezirken gearbeitet. Den Stadtoberordneten wird das Programm des Magistrats im Januar zugeleitet werden.



„Ja, aber Fräulein Bergmann hat uns gesagt, die Franzosen seien leichtsinnig und unmoralisch und es sei gut, daß sie aussterben müßten, das weiß ich noch genau!“ rief eine Stimme dazwischen.

Germaine stand auf und ging ein paar Schritte auf und ab.

„Da lernen Sie nun jahrelang Französisch“, sagte sie halblaut, „und was ist das Ergebnis? Ich glaube, Sie wissen mehr von den Eskimos oder den Indianern als von unseren unmittelbaren Grenzpartnern. Wer hat Ihnen jemals etwas von den geistigen Bindungen erzählt, die unsere deutsche Geistesgeschichte seit Jahrhunderten mit Frankreich verknüpfen, von den wechselseitigen philosophischen, künstlerischen, literarischen, geschichtlichen Einflüssen, die zwischen den Franzosen und uns bestehen! Wer von Ihnen denkt heute etwa an eine Gestalt wie Rousseau, wenn Sie Ihre neuen Erziehungsforderungen in den Schülerräten und an den Elternabenden aufstellen, dessen Geist heute noch gerade die Schule der Gegenwart befruchtet! Die Hälfte der Klasse ist katholisch — aber wer von Ihnen hat jemals etwas von Pascal gehört, diesem unergründlichen, tiefreligiösen Geist, den Frankreich hervorbrachte! Statt dessen erzählen Sie mir von den unmoralischen, leichtsinnigen Franzosen, die zum Untergang reif sind! Sicherlich stellen Sie sich auch Paris als ein wahres Sündenbühl vor und werden entrüstet protestieren, wenn ich Ihnen sage, daß ich ein Paris der Arbeit und der Leistung kenne, das ich liebgewonnen habe.“

Fragend wandte sie sich wieder der Klasse zu. „Aber niemand hob die Hand, niemand antwortete. Unbeweglich, wie erstarrt, saß das junge, blonde Mädchen, das vor wenigen Minuten so erregt aufgesprungen war, inmitten ihrer Freundinnen. Vierundzwanzig Augenpaare hingen wie gebannt an dem Mund der jungen Lehrerin.“

Germaine lächelte. „Sie lesen jetzt den „Werther“ in der deutschen Sprache“, sagte sie, „aber wissen Sie auch, daß Goethe dieses Buch ohne Rousseaus „Neue Heloise“ vielleicht niemals geschrieben hätte? Und haben Sie jemals etwas von

dem ungeheuren Einfluß gehört, den umgekehrt dann Goethes Werk in der französischen Geistesgeschichte ausgeübt hat? Wissen Sie, daß Goethe in Frankreich bahnbrechend wurde für eine der tiefsten und entscheidendsten Wandlungen des französischen Geisteslebens, für den Umschwung von der Klassik zur Romantik, die dann wieder als ungeheure, alle Länder Europas überflutende Bewegung ganz Europa in ihren Bann zog? Im gleichen Jahr, in dem der „Werther“ in Deutschland erschien, liegt bereits auch in Frankreich eine französische Uebersetzung vor — wissen Sie, was das bedeutet, in einem Jahrhundert des völlig ungebildeten Verkehrs, des weder Eisenbahn noch Auto, weder Telephon, noch Telegraphen, weder Flugzeug noch Radio kannte! Ueber zwanzigmal wurde der Werther ins Französische überetzt, und von Goethes Faust gibt es über siebzig französische Uebersetzungen! Und wenn ich Ihnen sage, daß sie heute Schillers, Grillparzers, Eichendorfs, Hebbels Werke, aber auch viele Bücher unserer modernen Autoren in französischer Uebersetzung kaufen können, so glaube ich, nicht zuviel zu sagen, wenn ich die Behauptung ausspreche, daß es heute leider zwar noch politische Unstimmigkeiten gibt, daß es aber niemals geistige Grenzmauern zwischen Frankreich und uns gegeben hat. Der Herzschlag des einen Volkes war immer auch im anderen zu hören —“

Wieder blickte Germaine erwartungsvoll in die jungen Gesichter. „Sie werden sich schon langweilen bei meinen langen Reden“, sagte sie schelmisch, „aber nun will ich Sie auch endlich zu Wort kommen lassen!“

Aber niemand antwortete. Totenstille lag über der Klasse.

„Sprechen Sie doch!“ jagte Germaine noch einmal ermunternd. „Ich nehme es keiner übel, wenn Sie anderer Ansicht ist als ich. Greifen Sie mich nur tüchtig an und suchen Sie mich vom Gegenteil zu überzeugen. 24 gegen 1, oh weh, da wird mirs schlecht gehen! Wo nur Mut!“

Endlich löste sich der Bann, der über den jungen Mädchen lag.

„Ich bitte — sprechen Sie doch weiter!“ rief eine heile, begeisterte Stimme.

„Ja, ja —“

„Das ist ja gar nicht langweilig!“

„Ach, übernehmen Sie doch das Französische bei uns!“ riefen viele Stimmen laut durcheinander.

Dann setzte Germaine sich mitten unter die jungen Mädchen.

„Wir kennen uns ja eigentlich noch gar nicht“, sagte sie, und ich weiß nicht, ob Sie mich wirklich verstehen in dem,

was ich jetzt sagen möchte. Ich möchte Sie bitten, nicht daran zu denken, daß ich Ihre Lehrerin bin, sondern mir einfach in dem Gefühl zuzuhören, daß ich Ihre Freundin bin, der Sie vertrauen können. Sehen Sie, jeder Krieg prägt sich natürlich irgendwie in der seelischen Haltung jedes Menschen aus. Sie alle haben ja bestimmt schon von dem gehört, was wir Massenvergiftung nennen. Daß ich auch während des Weltkrieges nicht auf unsere sogenannte Feinde schimpfte, ist kein Verdienst, sondern das verdanke ich meinem Vater, der mir von Kindheit an die Augen öffnete und mir die Schönheiten nicht nur Deutschlands gezeigt hat. Fräulein Bergmann und viele hunderttausend andere Menschen, viele Millionen, haben diese Erlebnisse nie gehabt. Diese Menschen wiederholen dann, was die Zeitungen schreiben — und die Zeitungen sind wieder abhängig gerade von den Mächten, die den Krieg finanzieren, die ihn durchführen und zu einem siegreichen Ende führen wollen. Natürlich muß jede Regierung, die einen Krieg unternommen hat, in ihrer Presse auch mit der Feder tüchtig auf die Gegner einhauen — so ist es ja auch überall in der Welt gewesen. Was meinen Sie, wie man uns Deutsche abgemalt hat! Wer weiß, vielleicht steht jetzt irgendwo in einer französischen Schule eine Lehrerin und erklärt ihren Schülern, die genau so verärgert und innerlich zerrissen sind, wie sie und auch absolut keinen deutschen Unterricht mehr haben wollen, daß wir Deutschen gar nicht die Menschenfresser sind, als die man uns dargestellt hat!“

Sie lachte, als sie in die betroffenen Gesichter sah, die sie verblüfft anstarrten.

„Und nun mache ich Ihnen einen Vorschlag. Denken Sie ruhig über alles nach, was ich Ihnen erzählte, wir können, solange ich die Vertretung hier habe, zu Beginn jeder Stunde über diese Fragen sprechen, wenn Sie den Wunsch dazu haben. Denn meiner Ansicht nach gehört auch das in den fremdsprachlichen Unterricht. Und die „Jaire“ lassen wir einstweilen.“

Sie öffnete ihre braune Ledermappe und holte ein Buch heraus. „Das ist der „Jean Christophe“ von Romain Rolland, daraus lese ich Ihnen jetzt französisch vor, Sie können es übersetzen, und dann sprechen wir darüber. Dabei werden Sie nicht nur sprachlich etwas lernen, sondern Sie werden auch das Frankreich kennenlernen, das ich seit vielen Jahren liebe. Und vielleicht fährt die eine oder andere von ihnen in späteren Jahren selbst einmal über den Rhein — dann werden Sie sehen, ob ich ihnen die Wahrheit gesagt habe.“

(Fortsetzung folgt.)

Schüler und Klassenkampf.

Seit einigen Jahren sind innerhalb der Sozialistischen Arbeiterjugend Groß-Berlins die Schüler an den höheren Lehranstalten zu Sozialistischen Schülergemeinschaften zusammengelagert. Ihre Aufgabe war von jeher, das Leben an den Schulen und unter den Schülern in einem Sinne zu beeinflussen, der einen Widerstand gegen die reaktionären und nationalistischen Einflüsse an den Schulen schafft. Durch ihre Arbeit in den Gruppen und an den Schulen und durch die eigene Zeitschrift „Der Rote Schüler“ versucht die Schülergemeinschaft ihre Aufgaben zu leisten. In öffentlichen Versammlungen gibt sie auch dem Gegner die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Dieser Tage sprach in einer solchen Versammlung Herr Dr. Kurt Löwenstein über die Bedingungen und Voraussetzungen des modernen Klassenkampfes. In einfachen Beispielen legte er die Entwicklung der einzelnen Klassenkämpfe dar. Soll die Jugend einen Sinn haben, so muß die moderne Schule die Aufgaben für die Wirklichkeit reif machen. Auch an den Schulen muß über die große Not gesprochen werden, die die Menschen zusammenführt und in ihnen, vom gleichen Gefühl getrieben und von gleicher Erkenntnis bestimmt, das Klassenbewußtsein entstehen läßt. Die Erziehung gemeinschaftlichen Denkens und Empfindens unter den Menschen könnte eine Aufgabe sämtlicher Schulen sein. Der Wille zur Zusammengehörigkeit und Rettung aus der allgemeinen Not ist dabei entscheidend.

In unseren Schulen wird immer noch Interesse für Könige, Fürsten, Helden und Heilige erweckt, aber der große und heldenmäßige Kampf der Arbeitenden um ihre Befreiung und der Werdegang der Arbeiterbewegung werden übersehen, ja verschwiegen.

Die gesellschaftliche Aufgabe der Arbeitenden muß vor dem Schüler stehen. Er muß sie selbst erkennen und auf ihre Befreiung und Befreiung drängen. Zwar hat die Arbeiterklasse noch nicht die letzte Macht zur Beeinflussung der öffentlichen Einrichtungen, aber sie ist heute schon so weit und so stark, ihre Forderungen anzumelden und anzukündigen. Der Schüler muß die Erkenntnis wollen, um der gemeinsamen Sache zum Siege zu verhelfen. Für die Arbeitsmethode an der Schule bezeugt der Redner im Sinne unserer Grundzüge als entscheidend das Zusammenfinden zu gemeinsamer Arbeit in gemeinsamer Aufgabe. So kann die Jugend an den Schulen schon neue Lebensformen heranzüchten, um den erschütterten Kapitalismus vollends zu überwinden. Sie schafft so ein neues Bild der Wirklichkeit. Die soziale Demokratie ist für uns die Erfüllung des Klassenkampfes. Durch diese allein schaffen wir die Kräfte zur Verwaltung der Produktionsmittel in der sozialistischen Wirtschaftsordnung.

Im Hinblick auf die Anwesenheit einiger Burschen aus der NSDAP, die sich als Abiturienten vorstellten, sagte Löwenstein: Nicht die brutale Gewalt, sondern der organisierte Wille schafft Entwicklung, Aufstieg und Rettung.

Für die nationalsozialistischen „Schüler“ sprach einer mit einem absolut fremdbildlich klingenden Namen und absolut nicht arischem Aussehen. Dafür gebärdete er sich aber als ein kleiner Gerngroß. Was den Nazis im Saal nicht gelang, besorgten sie dann auf dem Nachhauseweg, indem sie sich das kleinste Mitglied der Sozialistischen Schülergemeinschaft herausgriffen, um an ihm ihre schlagkräftigen Argumente zu beweisen. Die Burschen wurden daraufhin vom Ueberfallkommando mitgenommen.

Kärnten in Berlin.

Oesterreich ist in der Nachkriegszeit immer mehr auf dem Gebiet der Fremdenpropaganda herorgetreten. In Berlin wird das Oesterreichische Reisebüro in der Friedrichstraße an der Ecke der Französischen Straße. Ein dicker Strom von anschaulichem Material, das die Schönheiten der Bruderrepublik im Süden Mitteleuropas in das rechte Licht setzt, ergießt sich von hier in die Weltstadt Berlin. Am letzten Sonntag sprach der österreichische Gesandte Dr. Franz in den Gloria-Videospiele über das südländische Gebiet Oesterreichs, das bereits an Südslovenien und Italien grenzt, über Kärnten. Er wies auf das schwere Leben dieser Grenzbevölkerung hin, in deren Gebiet die letzten Entschleunigungen des Weltkrieges erst 1921 verlebten, und er schloß seine Ausführungen mit der Bitte, Kärnten als Reiseland nicht zu vergessen. Willehelt darf in diesem Zusammenhang daran erinnert werden,

Beginn der Karpfensaison.

Ein Wirtschaftszweig, der auf dem Aberglauben beruht.

Die Karpfensaison ist in vollem Gange. In vierzehn Tagen wird sie ihren Höhepunkt erreichen.

Gegenwärtig bewegen sich die Karpfenpreise noch auf einer verhältnismäßig niedrigen Basis: lebende Karpfen kosten 90 Pfennig, tote 70 Pfennig. Zu Weihnachten und Silvester, den Höhepunkten der Karpfensaison, werden allerdings die Preise wohl wieder um rund 50 Proz. steigen. Welche Notwendigkeit für eine so außerordentlich hohe Preissteigerung vorliegt, ist nicht recht ersichtlich, zumal der Karpfenhandel in den letzten Jahren ständig darüber klage führt, daß er die Karpfen bis Silvester durchaus nicht alle unterbringen kann. Bei annehmbaren Preisen würden sich doch viel mehr Verbraucher zu Silvester einen Spiegelfarpfen leisten.

Mit dem Karpfenverbrauch

hat es überhaupt eine eigene Bewandnis. In alten Zeiten galt der Fisch als eine beliebte Fastenspeise, wobei dem aus Südosteuropa stammenden Karpfen insonderheit der Vorzug gegeben wurde. Der religiöse Brauch des Fastens vor Weihnachten und vor Ostern ist nun fast gänzlich gefallen, aber — das Karpfessen ist geblieben. Der Karpfenhandel muß nämlich selbst für die Tage vor Ostern noch ein gewisses Quantum Karpfen auf den Markt bringen. Bei dem Silvesterverbrauch spielt der Aberglauben hinein. Fischrogen galt von jeher als ein Symbol der Fruchtbarkeit und im weitergehenden Sinne auch des Wohlstandes, und zum anderen galten und man kann wohl sagen gelten die Schuppen noch immer als glückbringend. Es gibt noch genug Menschen, die das ganze Jahr über in ihrer Geldtische Karpfenschuppen mit sich herumschleppen. So kommt es, daß der zu Totensonntag langsam einkehrende Karpfenstich in den neun Tagen vom 22. bis zum 31. Dezember einen ungeheuren Aufschwung nimmt: in diesen paar Tagen werden nicht weniger als drei Viertel der gesamten deutschen Karpfenproduktion umgesetzt! Die Karpfenzüchter haben schon überlegt, wie sie diese anormalen Absatzverhältnisse umwandeln können, man beachtete, den Karpfen als einen Ganzen-Jahres-Fisch zu propagieren. Schließlich nahm man aber davon Abstand, da mit der Vermischung des Saisoncharakters große Gefahren verbunden sind, die vor allen Dingen die alte Verbrauchsgewohnheit empfindlich stören würden.

Für die Teichwirte

war die Karpfenzucht bis vor einigen Jahren ein recht einträgliches Geschäft. Während dreier Sommer werden die Karpfen bei entsprechender Fütterung zu einem zwei bis drei Pfund schweren Speisefisch herangezogen. Die meisten Teichbetriebe werden als Nebenbetriebe zu landwirtschaftlichen Unternehmungen betrieben. In der Bauzeit liegen allein 28 Proz. aller deutschen Teichwirtschaften, im Bezirk Breslau 13 und in Oberschlesien 5 Proz., so daß also fast die Hälfte aller Teichwirte in dieser Südoberdeutschlands liegt. Die gestunkene Kaulkraut hat auch die Karpfenzüchter schwer betroffen. Bei einem Selbstkostenpreis von 75 Mark für einen Zentner herangezogener Karpfen erhalten die Züchter nur 50 Mark, vermögen also nicht die Gefahrgeldkosten zu decken. Es kommt hinzu, daß die hohen Futtermittelpreise die Rentabilität der Karpfenzucht

stark beeinträchtigen. Um einen Zentner Karpfen heranzuzüchten, muß man neben anderem den Fischen 5 Zentner Lupinen geben. Durch die Erhöhung der Futtermittelpreise ist aber der Preis für einen Zentner Lupinen von 2,50 Mark auf 5 Mark gestiegen.

Bei einer guten Ernte wie 1929 kommen einige 50 000 Doppelzentner Karpfen in den Handel, dazu noch rund 15 000 Doppelzentner eingeführte Karpfen. Im September beginnt die Frühabfischung der Teiche, Ende Oktober die Hauptabfischung. Bis zur Hauptverbrauchszeit bleiben die Karpfen dann in Hällern. Der Karpfenhandel selbst ist standardisiert. Es wird unterschieden zwischen Schuppen-, Leder- und Spiegelfarpfen, und jede dieser drei Gruppen ist in Gewichtsklassen eingeteilt. Davon hat jede Klasse ihren bestimmten Preis. Die Preise selbst sucht man auf der Kottbuser Karpfenbörse zu bestimmen. Hier kommen seit 1870 die Karpfenzüchter zusammen, um alljährlich Anfang September die Marktlage zu besprechen. Seit 1922 ist die Kottbuser Karpfenbörse eine Einrichtung des gesamten deutschen Karpfenhandels. Zu Kaufabschlüssen ist es allerdings Anfang September noch zu früh, doch erlaubt die Standardisierung und die ganze Organisation des Karpfenhandels den Händlern, zu einem späteren Zeitpunkt die Fische, ohne sie je gesehen zu haben, zu kaufen. Nur ganz selten kommt es nachher zu Reklamationen. Man bestellt z. B. einen Rahmen 30er bis 40er Spiegelfarpfen, dann bekommt man sofort Fische im Gewicht von 2 1/2 bis 3 1/2 Pfund, bis 50 Kilogramm aufgefüllt sind. Dabei darf kein Karpfen unter 2 1/2 und keiner über 3 1/2 Pfund wiegen. Diese Sorte ist jetzt auch die gangbarste, während die Hausfrauen früher immer einen 5 bis 6 Pfund schweren Karpfen haben wollten.

Weihnachtbücher für die Jugend.

Unsere Parteilbuchhandlung Diez in der Lindenstraße 2 veranstaltet in einem neuen breitfrontigen Laden eine große Kinder- und Jugendbuchausstellung, die morgen eröffnet wird. Jetzt brauchen die kleinen Fenstergucker nicht mehr draußen zu stehen, denn es gibt ja da drinnen noch mehr zu sehen. Der Graphiker des Diez-Verlages hat nette Bilderbücher gemalt, die von den schönsten Kinder- und Jugendbüchern erzählen. Da sind die lieben Gestalten aus dem „Widwonselwald“ und „Hurleburle, der Vollenreißer“. Das Buch vom Woldemar hat schon den Fensterguckern gefallen. Für die Mädchen ist das neue Buch „Was tut Marianne“ eingetroffen und die „Ballinette“ wird auch weiterhin erziehen. „Peter Stoll“, der Bremer Arbeiterkämpfer, ist inzwischen Lehrling geworden. Für die ganz Kleinen sind viele unverzeihbare Bilderbücher ausgestellt, für die Größeren werden Märchen, Abenteuer- und Beschäftigungsbücher empfohlen. Bücher sind besser als Schokolade. Aber nicht jedes Buch ist wertvoll. Die ausgestellten Bücher wurden mit Verantwortungsbewußtsein ausgewählt: Billig und doch gut, war die Parole. Nicht jeder braucht 3 Mark auszugeben: schon für 30 Pfennig gibt es ein gutes Buch zu kaufen. Für jeden Arbeitervater und für jede Arbeitermutter, die in dieser hoffnungsarmen Krisenzeit hoffnungslos keine in der Jugend nicht erstickt lassen will, wird diese Ausstellung ein guter Wegweiser sein. Dann werden in allen Arbeiterfamilien nur wirklich gute Bücher auf dem Weihnachtstisch liegen.

das auch der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit Kellen in das landschaftlich so wundervolle Kärnten für billiges Geld veranstaltet hat. Zwei Filme, die nicht nur Landschaften, sondern auch Volksleben darstellen, unterstützten die Ausführungen auf das glücklichste. Volksslieder sind dort unten lebendig, die von Liebe und Leben erfüllt sind. Rag Kraß sang drei solcher lustigen mit prächtigen Töchtern endenden Vieder unter ungeheurer Beifall. Im zweiten Film konnte man ihn dann noch auf der Weinwand sehen und dazu im Lautsprecher hören. Da sang er auf einer Bauernhochzeit, die heute noch genau so wie früher gefeiert wird und die Anteilnahme der ganzen Bevölkerung hervorruft. Bemerkenswert aber war, daß auch die schwere Arbeit der Gebirgsbauern nicht vergessen wurde: Da wo das Vieh verlagert, muß der Mensch selbst in das Geschäft. Mit

und Jung spannt sich vor den Pflug, um den steinigen Boden anzulockern. Das Leben in den Badoorten wie Pörschach, Wlach, Welden am Wöllfläcker See usw. kann nicht über die Armut der Bevölkerung hinwegtäuschen, die sich damit trösten muß, daß Kärnten trotzdem „das schönste Land der Erde“ ist. Und wer das Land kennt, wird bestätigen müssen, daß es wirklich eines der schönsten ist.

Billige Weihnachtserreisen.

Kombinierte Sonntagsrückfahrkarten in den Reisebüros.

Wie bereits bekanntgegeben, hat die Deutsche Reichsbahn in diesem Jahre die Gültigkeit der Sonntagsrückfahrkarten auf Weihnachten zum ersten Male zeitlich so weit ausgedehnt, daß diese Karten zehn Tage, vom 23. Dezember, mittags 12 Uhr, bis zum 4. Januar, 9 Uhr, gelten werden. Diese Verlängerung der Geltungsdauer bietet die Möglichkeit, durch Kombination von Sonntagsrückfahrkarten einander anschließender Strecken zu Weihnachten auch Reisen über längere Entfernungen mit den billigen Sonntagskarten zu unternehmen.

Das Mitteleuropäische Reisebüro (MERA) hat alle Verbringungen getroffen, um durch seine eigenen Büros und seine Vertretungen innerhalb Deutschlands solche kombinierten Sonntagsrückfahrkarten auszugeben bzw. auf Bestellung beschaffen zu können. Eine rechtzeitige Bestellung bei den MERA-Reisebüros ist dringend erforderlich, da die Büros sich diese Sonntagsrückfahrkarten zum Teil erst selbst beschaffen müssen.

Für den Reiseverkehr zu Weihnachten hat die Reichsbahndirektion Berlin die nötigen Vorkehrungen getroffen. Neben Verstärkung der fahrplanmäßigen Züge sind vom 23. bis 25. Dezember 114 Vor- und Nachzüge vorgesehen, die nach Bedarf gefahren werden. Diese Bedarfszüge verteilen sich folgendermaßen: Vom Anhalter Bahnhof 7 in Richtung München, 9 in Richtung Frankfurt a. M., 8 in Richtung Dresden; vom Potsdamer Bahnhof 14 in Richtung Magdeburg; vom Lehrter Bahnhof 4 in Richtung Altona; vom Görlitzer Bahnhof 9 in Richtung Görlitz; vom Stettiner Bahnhof 15 in Richtung Stettin und je 5 in Richtung Straßburg und Neuruppin; von der Stadtbahn 30 in Richtung Osten, 8 in Richtung Westen.

Wer will helfen die Not der Arbeitslosen zu lindern, der unterstütze die Bestrebungen der Arbeiterwohlfahrt. Sie veranstaltet gegenwärtig eine große Wohlfahrtslotterie, deren Reinertrag ausschließlich zur Unterstützung der Arbeitslosen dieses Winters bestimmt ist. Das Einzahlungslosteil 50 Pf. Die Ziehung ist am 19. und 21. Dezember d. J. Die Gewinnchancen bei dieser Lotterie sind ganz ungewöhnlich günstig. 143 000 Gewinne und zwei Prämien im Gesamtwerte von 500 000 M. werden ausgeschüttet. Der Höchstgewinn ist ein eingerichteter Landhaus. Auch die Hauptgewinne sind Landhäuser. Weitere Gewinne sind Wochenendhäuser, komplette Küchen, Sportartikel, vor allem praktische Haushaltsgegenstände, z. B. Küchengeräte, vollwertige Bekleidung, ferner Rasierapparate. Wer es wünscht, kann auch Bargeld bekommen; denn alle Gewinne sind mit 90 Proz. ihres Wertes in bar auszahlbar. Glückstipps enthalten 10 Lose für 5 M.

Nochmals Böß-Vernehmung?

Bürgermeister Lange verteidigt den Magistrat.

Das Gericht erörterte im Skarek-Prozess gestern die Glaubwürdigkeit einiger Beweisstücke, u. a. auch solche, die sich auf Böß' und Scholz' Glaubwürdigkeit beziehen. Oberstaatsanwalt Dr. Steinacker hat, die Beweisstücke abzulehnen. Rechtsanwalt Dr. Puppe verteidigt den entgegenstehenden Standpunkt. Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, daß Böß und Scholz bereits verurteilt seien. Das Gericht beabsichtigt überdies nicht, aus diesen Aussagen irgendwelche ungünstige Schlüsse für die Angeklagten zu ziehen. Willehelt würde die Verteidigung sich unter diesen Umständen überlegen, ob ihre Beweisstücke noch aufrechterhalten werden sollen.

Bürgermeister Lange wurde über den Verkauf der Restbestände der B&G an die Brüder Skarek vernommen. Wie erinnerlich lag ein Gemeindefestbeschluss vor, nach dem die B&G dieses Restlagers für Rechnung der B&G verkaufen sollte. Ungeachtet dieses Gemeindefestbeschlusses legte der Liquidator Sakolowski im Einvernehmen mit Gabel und Kohl dem Stadtkämmerer Karding eine Vorlage vor, nach der das Restlager an die Brüder Skarek übergeben werden sollte. Der damalige Stadthauptmann Dr. Lange nahm an der Vorlage einige Änderungen vor, erklärte sich aber im übrigen mit ihr einverstanden, desgleichen auch der Stadtkämmerer Karding. Die Verantwortung für die Zerschlagung sollte übrigens nicht auf ihn, sondern auf den Stadtkämmerer. Allerdings sei es Pflicht des Dezernenten Kohl gewesen, dem Magistrat die neue Vorlage vorzulegen. Dieser hätte sie zur Kenntnis genommen. Ebenso die Stabsverordnetenversammlung. Beide hätten ja bereits vor vollzogener Tat sache gestanden. In ähnlichen Situationen befanden sich sowohl Magistrat als auch Stabsverordnetenversammlung des öfteren.

Stadtkämmerer Karding ergänzte die Aussage des Bürgermeisters Lange dahin, daß in diesem Falle der Verkauf des Restlagers der B&G an die Firma Skarek, die auch die Rente und das Personal übernahm, für die Stadt zweifelsohne viel vorteilhafter war als der Verkauf dieses Restlagers durch die B&G für Rechnung der B&G.

Stadtkämmerer Karding macht übrigens auch eine für den angeklagten Bürgermeister Kohl sehr günstige Aussage. Dieser habe

als Vorsitzender des Aufsichtsrats der B&G, bei ihm öfter Informationen geholt, als ihm dies lieb gewesen sei; der Zeuge halte den Eindruck, daß Kohl unsicher sei. Hätte sich der Vorsitzende des Aufsichtsrats der B&G, oder der Bewag bereit gehalten, so hätte er sich das wahrheitsgemäß verbieten. Bei der Auflösung der B&G sei ihm der Bürgermeister Kohl äußerst behilflich gewesen.

Auf Ersuchen des Bürgermeisters Schneider äußerte Bürgermeister Lange sich über dessen amtliche Tätigkeit. Schneider sei ein äußerst tüchtiger Beamter gewesen, er habe sich in einer Weise in die Verwaltung eingearbeitet, wie man es nur selten bei einem Nicht-Beamten antrifft. Er habe für sämtliche Angelegenheiten seines Bezirks äußerst großes Interesse gezeigt. Zum Vorwurf könnte ihm höchstens sein allzu großer Ehrgeiz gemacht werden und eine ungenügende Zurückhaltung im persönlichen Verkehr.

Der frühere Geschäftsführer und Proturist der B&G Liebert bestätigte, daß 1/2 der Ware, die Skarek von der B&G übernommen hatten, schlecht und nur schwer absetzbar waren. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Weisenberg versucht, die Glaubwürdigkeit dieses Zeugen zu erschüttern, indem er ihm vorhält, daß er laut Buchungen unter den Decknamen „Spig“ und „Spiger“ eine Reihe von Zahlungen von 500, 1000, und 1500 Mark bekommen und seine Anzüge außerdem nicht bezahlt haben soll. Der Zeuge erklärt, nur Kennzettelnommen ausgezahlt erhalten und seine Anzüge bezahlt zu haben.

Der Magistrat und die Skareks.

Aus einer früheren Vernehmung des Bürgermeisters Lange wäre vielleicht am Tage, folgendes nachzuholen: Bürgermeister Lange hat sich entschieden dagegen gemeldet, daß im Skarek-Prozess immer wieder behauptet werde, der Magistrat habe mit Skarek auf gutem Fuße gestanden. Die Mehrzahl der Magistratsmitglieder habe keinen einfluss der Brüder Skarek überhaupt erkannt, deshalb sei es äußerst leichtfertig, zu behaupten, die Brüder Skarek betrafen, seien im Magistrat stets einstimmig angenommen worden.

Die neue Sitzung findet am Freitag, 10 Uhr, statt.

Wirtschaftspolitische Generalbemerkung.

Die inländische Kaufkraft wird gesenkt. — Mehr Arbeit ist nicht zu erwarten.

In der gleichen Stunde, in der der Inhalt der neuen Notverordnung bekanntgegeben wurde, kam auch die Mitteilung, daß die Zahl der Erwerbslosen in der zweiten Novemberhälfte 5 Millionen überschritten hat. Dürfte man die einigermassen begründete Hoffnung haben, daß durch die Maßnahmen der Notverordnung in ihrer Gesamtheit das gewaltige Arbeitslosenheer vermindert und die Beschäftigung der Wirtschaft gehoben werden könne, dann könnte man manchen wirtschaftlichen Unfuss und manches soziale Unrecht auch hier in Kauf nehmen. Die Dinge liegen aber leider nicht so, daß eine vernünftige und heilsame wirtschaftliche Idee durch einige Schönheitsfehler benachteiligt wäre. Es ist vielmehr so, daß die Notverordnung in der Gesamtheit ihrer Vorschriften ziemlich genau das Gegenteil dessen darstellt, was man braucht, um den Zusammenschlupfungsprozeß der Wirtschaft aufzuhalten und die Wege zur allmählichen Erholung, soweit das durch deutsche Maßnahmen möglich ist, zu ebnen.

Die neue Notverordnung ist leider kein Arbeitsbeschaffungsprogramm, sie ist in hohem Maße geeignet, die Arbeit der Massen und die Beschäftigung der Industrien noch zu verringern!

Wir haben während der ganzen Zeit der Verhandlungen über die Notverordnung mit allem Nachdruck betont, daß die Frage des Lohn- und Gehälterabbaus jetzt nicht nur sozial, sondern auch wirtschaftlich von entscheidender Bedeutung ist. Jede neue Lohnabbauwelle muß eine weitere Zusammenschlupfung der Wirtschaft einleiten, da es sonst keine ausreichende Quelle für die Steigerung der Kaufkraft gibt. Nicht einmal ein Preisabbau, der den Lohnabbau durch die Verbilligung der Lebenshaltungskosten in genau dem gleichen Ausmaße völlig ausgleicht, könnte das erreichen, was jetzt am meisten notwendig ist, nämlich eine größere Kaufkraft des inneren Marktes für Industriewaren. Die sehr schwache Hoffnung auf die Erweiterung des deutschen Absatzes im Ausland bietet nicht annähernd die Ausgleichsmöglichkeit für eine weitere Drosselung des inneren Marktes.

Nun werden auf Grund der Notverordnung die meisten Löhne um 10 oder 15 Prozent abgebaut, während die Lebenshaltungskosten im günstigsten Falle kaum mehr als um die Hälfte davon verbilligt werden können.

Demgegenüber scheint ein Einwand möglich. Die Löhne würden doch den Stand vom 10. Januar 1927 erreichen, während die Preise schon jetzt wesentlich unter dem Stand vom Januar 1927 liegen. Die reale Kaufkraft der Löhne würde also doch höher sein als im Januar 1927, als die entscheidende Wendung von der Depression zur Konjunktur in Erscheinung trat. Wenn bei der damaligen realen Kaufkraft der Löhne der wirtschaftliche Aufschwung möglich war, so müßte er also jetzt erst recht möglich sein.

Dieser Einwand beruht auf mehreren grundlegenden Irrtümern.

Erstens darf nicht bloß die reale Kaufkraft des Lohnes jedes einzelnen Verdieners und nur auf Grund der Tariflöhne in Betracht gezogen werden. Für die gesamtwirtschaftliche Betrachtung ist ausschlaggebend, wie groß der Teil aller Einkommen ist, der als Kaufkraft auf dem Markt in Frage kommt. Die Abzweigungen für die Lebenshaltungskosten sagen uns aber über die in dieser Hinsicht außerordentlich wichtige Entwicklung nichts. Es ist eine vollkommene Umwälzung eines Haushalts, wenn in der Familie die Zahl der Verdieners zurückgeht. Die Last der heute viel größeren Arbeitslosigkeit wird ja nicht nur von den Unterhaltungsorganen des Staates, sondern von fast jeder Familie mitgetragen. Das bedeutet, daß in jeder Familie der übergroße Teil des Gesamteinkommens für die Erhaltung der nackten Existenz verwendet wird, und daß der Raum, der für die Anspruchsnahme anderer Märkte übrig bleibt, schon jetzt außerordentlich klein und jedenfalls insgesamt viel schmaler ist als Anfang 1927.

Bei dem Vergleich mit dem Jahre 1927 muß weiter berücksichtigt werden,

daß damals die günstige Entwicklung durch den mächtigen Kapitalstrom unterstützt wurde. Und die Folge dieser Entwicklung war, daß sich die Dimensionen (der Umfang der einzelnen Bestandteile) der Wirtschaft namentlich in der Industrie sehr stark vergrößert haben, wobei durch die außerordentliche Steigerung der Produktivität der Arbeit (Rationalisierung) sehr viele Arbeitskräfte ausgeschaltet wurden. Wir haben hinter uns eine starke Anreizkonjunktur, d. h. eine Zeit der starken Erweiterung der Produktionsanlagen, die sich nicht einmal auf der Grundlage der gleichen, geschweige denn einer geringeren Aufnahmefähigkeit des Marktes wiederholen lassen würde.

Jede Erholung der Wirtschaft erfordert jetzt eine wesentlich größere Aufnahmefähigkeit des Marktes, also eine entsprechend größere Kaufkraft des Inlandes.

Wir können hoch nicht im geringsten damit rechnen, daß, sobald die Preisentlastung abgeschlossen ist, ein neuer mächtiger Ausbau der Produktionsanlagen mit Hilfe von ausländischem Kapital einsetzt wird. Abgesehen davon, daß ein neuer starker Kapitalstrom nicht zu erwarten ist, ist die Kluft zwischen der Leistungsfähigkeit und dem Beschäftigungsgrad der Industrie so groß, daß für einen weiteren Ausbau vorläufig gar kein Anreiz entstehen kann. Es muß deshalb zunächst der Umweg über die

verstärkte Beschäftigung der Konsumgüterindustrien gegangen werden, die nur durch die Verstärkung der Aufnahmefähigkeit des Binnenmarktes zu erreichen ist, wenn neue Arbeit beschafft werden soll.

Nicht einmal eine gleichmäßige Senkung aller einzelner Kosten- und Kaufkraftfaktoren, wie Preise, Zins, Löhne, Gehälter usw. könnte hier helfen, da sie nur die Erhaltung der bestehenden Mißverhältnisse bedeuten würde. Das aber, was die Notverordnung bewirken muß, nachdem mehr Kaufkraft genommen als gegeben wird, ist eine Verschärfung der Ursachen, die die Wirtschaft jetzt lahmlegen. Vielleicht wird die Zinsentlastung einen etwas größeren Raum für die Anschaffung von Material und den Umbau von Produktionsanlagen schaffen, sicher wird aber der dekretierte Lohn- und Gehaltsabbau in einem viel stärkeren Maße die Kaufkraft des Marktes und damit die Beschäftigungsmöglichkeiten der Industrie weiter schmälern.

Dazu ist es noch sehr zweifelhaft, ob die Senkung der drückenden Zinsen im erhofften Maße erfolgen wird.

Aber selbst wenn mir auf die ungünstige Deutung dessen ver-

zichten, was in seiner Wirkung nicht ganz sicher ist, so sind die sichereren Auswirkungen der Notverordnung gefährlich genug, um

den Schluß zu rechtfertigen, daß die wirtschaftlichen Maßnahmen der Notverordnung in ihrer Gesamtheit eine erneute Schwächung der Beschäftigungsmöglichkeiten, also keine Arbeitsbeschaffung, sondern eher eine Arbeitsabnahme zur Folge haben müssen.

Im besten Falle kann eine Besserung nicht wegen, sondern trotz dieser Notverordnung in Erscheinung treten, wenn nämlich die allgemeine weltwirtschaftliche Lage sich bessert. Dafür alle noch Arbeitenden von neuem mehr zu belasten als man sie entlastet, ist volkswirtschaftlich unzumutbar und unter heutigen Verhältnissen eine ernste staatspolitische Torheit.

Mit dem Erlaß der Notverordnung kann der Kampf um den Inhalt und die vernünftige Durchführung der Notverordnung nicht zu Ende sein. Wenn man die Beschäftigung der Massen und der Industrien vermehren und nicht vermindern will, muß der Widerspruch zwischen der Einkommensverminderung und der viel geringeren Ausgabenentlastung beseitigt werden.

5000 neue Konsumkämpfer.

Ergebnis der Werbewoche. — Die Umsätze im November.

Die Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend meldet für November 1931 über einen Mitgliederzugang, wie er während der 32jährigen Wirksamkeit der Berliner Verbrauchergenossenschaft noch in keinem Monat zu verzeichnen war. Dieses Ergebnis ist die Auswirkung der konsumgenossenschaftlichen Werbewoche vom 9. bis 15. November, in der die verschiedensten Formen der konsumgenossenschaftlichen Werbung zur sachlichen Anwendung gelangten. Es schlossen sich im November 5175 Haushaltungen der Berliner Konsum-Genossenschaft an, was der Kopfzahl einer mittleren Stadt entspricht. Die Anziehungskraft der auf Gemeinwirtschaft gerichteten, nur die Verbraucherinteressen wahrnehmenden konsumgenossenschaftlichen Organisation hat sich erneut in bester Weise bewährt: das Monatsende zeigte einen Mitgliederbestand von 202 906.

Die konsumgenossenschaftliche Warenvermittlung brachte im November einen Umsatz von 4 796 755 Mark; den Genossenschaftsmitgliedern stehen für die Warenentnahme 288 Lebensmittelabgabestellen, 3 Wanderabgabestellen, 57 Fleischabgabestellen, 4 Warenhäuser, 2 Manufakturwarenabgabestellen und 1 Möbelhaus zur Verfügung.

In der konsumgenossenschaftlichen Sparkasse wurden 383 Sparbücher neu ausgeföhrt; der Zugang von Spareinlagen bezifferte sich auf 902 409 Mark.

Was wird mit Bergmann?

Neue Verluste. — Große und endgültige Umstellung?

In der Aufsichtsratsitzung der Bergmann-Elektrizitätswerke A.-G., Berlin, berichtete der Vorstand, daß die Bilanz über das am 31. Dezember 1931 ablaufende Geschäftsjahr voraussichtlich einen größeren Verlust ausweisen wird. (1930 wurde der Verlust von 979 328 Mark auf neue Rechnung vorgetragen.) Der Aufsichtsrat genehmigte eine Vorlage, in der weitere Reduktionen und Vereinfachungen der Betriebe vorgesehen werden. Gleichzeitig wurde der Vorstand ermächtigt, Verhandlungen über die Zusammenlegung einer der Betriebsstätten mit einem anderen Unternehmen zu führen und gegebenenfalls zum Abschluß zu bringen, wocauf nähere Mitteilungen erfolgen werden.

Wir erhalten zu dieser Frage folgende Zuschrift:

Die Bergmann-Elektrizitätswerke standen jahrelang in der deutschen starkstromtechnischen Industrie an dritter Stelle. In den Jahren 1928 und 1929 hatte die Gesellschaft Umsätze von je über 115 Millionen Mark. Das Jahr 1930 brachte einen Rückgang auf etwas über 75 Millionen Mark. Bekanntlich liegt seit Jahren die Mehrheit des Kapitals bei Siemens und der AEG; da diese beiden größten Elektrokonzerne miteinander konkurrieren, haben sie sich bis 1930 damit begnügt, darauf zu achten, daß keiner von beiden in den Besitz der Aktienmehrheit kam und daneben von den Dividendenzahlungen der Bergmann-Werke zu profitieren. Die Dividende betrug in den letzten Jahren bis 1929 9 Proz.

Seit dem Ausbruch der Krise und als die Aufträge 1930 und noch stärker 1931 zu trocken begannen, als Bergmann erstmalig einen Verlust aufwies, änderte sich das Verhalten der beiden Großaktionäre grundlegend. Beide entschieden gemeinsam einen mit besonderen Vollmachten versehenen Vertrauensmann in den Aufsichtsrat (Dr. Peters von der AEG), und schon um die Mitte dieses Jahres tauchten immer wieder Gerüchte auf, daß der Siemenskonzern und die AEG bei der beabsichtigten Reorganisation der Bergmann-Werke eine weitgehende Stilllegung vorbereiteten. Nun sollen solche Produktionsbeschränkungen endgültig beschlossen werden, und zwar Einschränkungen, die in der Hauptsache das Werk Rosenthal betreffen. In Zukunft soll der Bau von Turbinen, Turbogeneratoren,

größerer Elektromotoren und sonstigen großen elektrischen Maschinen eingestellt werden. Für die Siemens-Schuckert-Werke und die AEG. ergäbe sich eine wesentliche Verminderung der Konkurrenz.

Ist Deutschland konkurrenzfähig?

Unser gestriger Artikel „Ist Deutschland konkurrenzfähig? — Die Löhne zu hoch. — Die Maschinenindustrie hat die Weltkonkurrenz geschlagen“, ist durch einen technischen Fehler beim Druck leider dadurch verstümmelt worden, daß die beiden Graphiken vertauscht wurden. Als Bild 1 ist die zweite Graphik im Text und als Bild 2 die erste Graphik im Text anzusehen. Unsere Leser wollen das zur Kenntnis nehmen.

Brennabor und Maffei-Schwarzkopff.

Verstärkter Druck auf den Brandenburger Arbeitsmarkt.

Der Arbeitsmarkt in Berlin und Brandenburg weist in der zweiten Novemberhälfte ein weiteres starkes Ansteigen der Erwerbslosenzahl um 25 386 auf insgesamt 732 591 Personen auf. Berlin wird von diesem großen Zugang verhältnismäßig weniger betroffen, da hier die Erwerbslosenzahl gegenüber dem 15. November nur um 7898 Personen gestiegen ist.

Die Hauptlast liegt diesmal auf der Provinz, deren Arbeitsmarkt durch die Stilllegung der Maffei-Schwarzkopff-Werke in Berlin-Bildau und die Vorgänge bei Brennabor in Brandenburg a. d. Havel einer neuen Belastungsprobe ausgesetzt wurde. — Von der Gesamtzahl von 732 591 Arbeitslosen im Bereich des Landesamtes Brandenburg entfallen 537 898 Erwerbslose auf Berlin, 179 593 Erwerbslose auf die Provinz Brandenburg und der Rest auf die Provinz Grenzmark.

Die Reichsbank am 7. Dezember.

Der Reichsbankausweis vom 7. Dezember zeigt gegenüber der Vorwoche, die für einen Monatschluß freilich auch keine starke Kreditanspruchnahme gebracht hatte, nur eine geringe Entlastung. Die Wechselbestände gingen um 19,9 auf 3 851,4, die Lombarddarlehen um 63,4 auf 190,9 Millionen zurück, und die Reichsschatzwechsel nahmen um 33,3 auf 22,4 Millionen ab. Auf dem Konto der zinsfreien Girogelder erfolgte ein Rückgang um 90,1 auf 445,9 Millionen Mark. Es wurden scheinbar auch Bankgelder von diesem Konto zur Einlösung von Verpflichtungen bei der Reichsbank herangezogen.

Der Notenumlauf ging um 49,0 auf 4 591,6, der an Rentenscheinen um 8,1 auf 414,0 Millionen zurück. Bei den Gold- und Devisenbeständen ist das Gleichgewicht erhalten geblieben. Die Goldbestände stiegen um 0,2 auf 1005,1, die Bestände an deckungsfähigen Devisen um 0,2 auf 170,5 Millionen Mark. Entsprechend der geringen Bilanzveränderungen hat sich auch das Deckungsverhältnis nur wenig verbessert. Die umlaufenden Noten waren mit 25,6 gegen 25,3 Prozent in der Vorwoche durch Gold und Deckungsdevisen gedeckt.

8 Proz. Dividende bei Engelhardt.

Stark heraufgehobene Abschreibungen.

Der Aufsichtsrat der Engelhardt-Brauerei A.-G. in Berlin hat beschlossen, für 1930/31 eine Dividende von 8 gegen 13 Proz. auszuschütten. Der ausgewiesene Reingewinn stellt sich auf 1,26 gegen 1,92 Millionen, während der Rohgewinn mit 3,3 gegen 3,7 Millionen Mark nur um wenig mehr als 10 Proz. gesunken ist. Die Abschreibungen liegen mit rund 2 Millionen Mark erheblich über dem Stand des Vorjahres. — Der Abschluß der Engelhardt-Brauerei bestätigt den Eindruck, den man von den bisher schon veröffentlichten Bilanzen der Großbrauereien hatte, in der Richtung, daß diese Unternehmer trotz des Umsatzrückganges auch im letzten Krisenjahr eine hohe Rente herauswirkeln konnten.

Notverordnung und Löhne.

Die praktische Auswirkung.

Die Notverordnung vom 9. Dezember bringt den stärksten Eingriff bei den Löhnen und Gehältern. Die Notverordnung unterscheidet zwischen den Löhnen und Gehältern der Privatindustrie und denen der öffentlichen Betriebe. Wenn man diese Bestimmungen auf ihre praktische Wirkung untersucht, so kommt man zu Feststellungen, die auf den ersten Blick unglaublich erscheinen und die zu der Annahme berechtigen, daß die Reichsregierung sich über die Tragweite dieser Bestimmungen keineswegs im klaren gewesen ist.

Wir haben zunächst einige Stichproben gemacht und behalten uns vor, das Resultat unserer Untersuchungen, die wir fortsetzen, noch zu veröffentlichen. Zunächst skizzieren wir kurz die Bestimmungen der Notverordnung über Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten der Privatindustrie.

In § 1 wird zunächst bestimmt, daß die gegenwärtig laufenden Tarifverträge (Lohn-, Manier- und andere Tarifverträge)

bis zum 30. April 1932 Geltung haben, soweit nicht eine längere Geltungsdauer vereinbart ist oder noch vereinbart wird.

In § 2 wird dann bestimmt, daß die Lohn- oder Gehaltsätze eines laufenden Tarifvertrages auf die des 10. Januar 1927 ab 1. Januar 1932 herabgesetzt werden, falls die jetzt geltenden Lohn- oder Gehaltsätze höher liegen als am 10. Januar 1927. Diese Lohnkürzung beschränkt sich jedoch auf 10 Proz. auch für den Fall, daß die gegenwärtig geltenden Lohn- und Gehaltsätze um mehr als 10 Proz. höher liegen als am 10. Januar 1927. Ist jedoch seit dem 1. Juli 1931 eine Lohn- oder Gehaltsenkung der Tarifätze nicht eingetreten, dann ermäßigt sich der Tarifsatz bis um 15 Proz., vorausgesetzt, die geltenden Tariflöhne liegen um 15 Proz. höher als am 10. Januar 1927. Diese Lohn- und Gehaltskürzung tritt auch ein für die Arbeiter und Angestellten des Kohlen- und Kalibergbaues, für die am 10. Januar 1927 eine tarifliche Regelung der Lohn- und Gehaltsätze nicht bestand. Es folgen dann die Bestimmungen über die Festsetzung der neuen Löhne und Gehälter. Danach

haben zunächst die Parteien bis zum 19. Dezember diese neuen Sätze zu vereinbaren.

Wenn sich aus können die Unternehmer die Löhne nicht herabsetzen. Einigen sich die Parteien nicht, dann tritt der Schlichter in Funktion, der dann sinngemäß die neuen Löhne und Gehälter bindend festsetzt. In Fällen, in denen am 10. Januar 1927 ein Tarifvertrag nicht bestand, kann der Schlichter eine andere als die vorgesehene Regelung treffen, wenn ihm das mit Rücksicht auf den allgemeinen Stand der Löhne und Gehälter vom 10. Januar 1927 wirtschaftlich und sozial unumgänglich erscheint. Auch wenn ein Tarifvertrag bestand, kann er Änderungen des Lohn- und Gehaltsystems angemessen berücksichtigen.

Diese Sicherungsklausel ist schon deshalb von großer Bedeutung, weil in sehr vielen Fällen, wie mit inzwischen festgestellt haben, die letzte Lohnregelung vor dem 10. Januar 1927 im Jahre 1925 getroffen wurde, die Löhne entsprechend niedrig waren, aber auch, weil inzwischen die über-tariflichen Löhne fast ganz abgebaut worden sind.

Diese Sicherungsklausel betrifft aber merkwürdigerweise nur die Löhne und Gehälter der Privatindustrie. Für die Arbeiter der öffentlichen Betriebe besteht sie nicht.

Wenn irgendwo aber eine derartige Sicherung notwendig war, so gerade bei den Arbeitern und Angestellten der öffentlichen Betriebe. Am Ausgang der Inflation betrug z. B. in Berlin der Lohn des ungelerneten Gemeindearbeiters 14 bis 16 Mark die Woche. Da die öffentlichen Betriebe viel langsamer und viel später sich der Geldentwertung anpaßten konnten als die Privatindustrie, ihre Einkünfte also auch entsprechend niedrig waren, lagen damals die Löhne in den öffentlichen Betrieben noch weit unter denen der Privatindustrie. Mit Rücksicht auf die schwierige Finanzlage der öffentlichen Betriebe konnten dann die Löhne nur ganz allmählich erhöht werden. Nach den Vorschriften der Notverordnung kommen wir also zu dem ganz unmöglichen Zustand, daß z. B.

die Löhne der Gemeindearbeiter, die in diesem Jahre bereits durchschnittlich um 18 bis 19 Proz. gekürzt worden sind, nochmals um 10 Proz. herabgesetzt werden sollen.

Auch wenn die Löhne um 10 Proz. gesenkt werden und auch wenn im Anschluß daran sich eine Preisentzück bei Kohlen, Verkehrstarifen usw. durchsetzt, so wird diese Preisentzück bei weitem nicht derart sein, daß sie den Gemeindearbeitern die Aufrechterhaltung der Existenz nach einer Lohnsenkung von nahezu 30 Proz. ermöglicht.

Für die Arbeiter und Angestellten der Privatindustrie kommt

nach eine andere Ermäßigung hinzu. Wohl waren die Tariflöhnsätze Anfang 1927 im allgemeinen sehr niedrig. Da jedoch der Beschäftigungsgrad damals ein verhältnismäßig guter, ein unvergleichlich besserer war, als er es heute ist, lagen die tatsächlichen Löhne teilweise über den Tariflöhnsätzen. Nun befinden wir uns schon seit zwei Jahren in einer ständig absteigenden Wirtschaftskrise, die zur Folge hatte, daß nicht nur die Tariflöhnsätze, sondern auch die über-tariflichen Verdienste — diese vielfach weit mehr noch als jene — abgebaut wurden. Wie sehr selbst die Tariflöhne abgebaut worden sind, dafür ein ganz treffendes Beispiel. Im Berliner Eisenkonstruktionsbau bestand am 10. Januar 1927 ein Tariflohnvertrag.

Der Lohn des qualifizierten Facharbeiters betrug danach am 10. Januar 1927 1,15 M. heute beträgt der Tariflohn desselben Arbeiters 92 Pf. Der Lohn des Facharbeiters betrug 1,10 M., heute 82 Pf. Es kommt noch hinzu, daß damals die Arbeiter voll beschäftigt waren, während heute die Kurzarbeit die Regel ist.

In der Berliner Metallindustrie, soweit sie im BMD. angeschlossen ist, bestand am 10. Januar 1927 für die Facharbeiter ein Lohnarif nicht. Heute beträgt der Tariflohn des Werkzeugmachers 1,03 M., wozu noch 10 Proz. Akkordzuschläge kommen. Nach unseren Feststellungen verdiente z. B. im Wernerwerk von Siemens ein Werkzeugmacher in der ersten Januarwoche von 1927 1,30 M. die Stunde. Keftlich verhält es sich bei den anderen Gruppen der Facharbeiter. Es müßte also hier sinngemäß eine Lohnherhöhung eintreten.

Bei den Raffschneidern der Herrenkonfektion beträgt heute der Tariflohn in Berlin 1,11 M. die Stunde. Am 10. Januar 1927 betrug er 98 Pf. Dieser Tariflohn stammte aus dem Jahre 1925 und war praktisch nicht mehr in Geltung, weil

die tatsächlichen Löhne weit über diesem Tariflohn lagen.

Es kommt auch hier hinzu, daß damals voll gearbeitet wurde, während heute die Arbeitslosigkeit mit der Kurzarbeit abwechselte. Die Bestimmungen über die Herabsetzung der Löhne und Gehälter auf den Stand vom 10. Januar 1927 wäre, wenn überhaupt, nur erträglich, wenn die tatsächlich gezahlten Stundenlöhne von heute verglichen würden mit den tatsächlich gezahlten Stundenlöhnen vom 10. Januar 1927. Auch dann würden sich noch ungeheure Härten ergeben, einestells wegen der heute herrschenden Kurzarbeit, andernteils — wir haben das bei den Gemeindearbeitern gezeigt — weil damals die Löhne in einzelnen Gruppen infolge besonderer Umstände besonders niedrig waren.

Im übrigen machen wir noch ausdrücklich darauf aufmerksam, daß die Notverordnung nur dort eingreift, wo ein Tarifvertrag besteht. Wenn also, wie z. B. in der Holzindustrie oder im Berliner Fuhrgewerbe, ein Lohnarif nicht mehr besteht, weil die Unternehmer mit dem Schiedspruch nicht zufrieden waren, der die Löhne, wie im Fuhrgewerbe, zum dritten Male abbaute, deshalb die Verbindlichkeitsklärung nicht beantragten, so daß ein Tarifvertrag nicht zustande kam, so können sie auch jetzt nicht beim Schlichter die Herabsetzung der Löhne beantragen.

Sozialversicherung und Fürsorge.

Die Bestimmungen der Notverordnung.

In der Krankenversicherung werden die durch den Reichsarbeitsminister vermittelten Uebereinkommen zwischen Ärzten und Krankenkassenverbänden gesetzlich verankert. Die Honorare der Ärzte, die in der Vereinbarung vorgesehen waren, sind in Zukunft Höchstsätze. Die Gesamtergütung für Ärzte ist geringer als 1930 und gleitet als Kopfpauschale mit den Löhnen mit. Alle Mehrleistungen der verschiedenen Krankenkassen werden vorläufig auf die Regelleistungen beschränkt. In besonderen Fällen können die Oberversicherungsämter oder das Reichsversicherungsamt Genehmigung zu Mehrleistungen geben. Für die Zulassung der Jungärzte zur Krankenkassenbehandlung sieht die Notverordnung bestimmte Richtlinien vor.

Die Unfallschädigung bei Unfällen auf dem Wege von der oder zur Arbeit wird davon abhängig gemacht, daß der Verletzte an dem Unfall kein eigenes Verschulden trägt. Auf den Gebieten der Unfallverhütung und Ueberwachung wird den Versicherten dasselbe Stimmrecht eingeräumt wie den Unternehmern. In der Mittelaufbringung für die Berufsgenossenschaften treten verschiedene Änderungen ein. Innerhalb von zwei

Jahren werden die laufenden Renten für Gewerbeschädigte unter 20 Proz. kassiert.

Die Höhe der Renten und die Höhe der Kinderzuschüsse in der Invalidenversicherung bleibt unberührt. Entsprechend einem Gutachten der Landesversicherungsanstalten werden aber in Zukunft Kinderzuschüsse und Waisenrenten nur noch bis zum vollendeten 15. Lebensjahre gezahlt. Die Zahlung von mehreren Renten nebeneinander soll unterbunden werden. Die Hinterbliebenenrenten dürfen in ihrem Gesamtbetrag die Höhe der Hauptrente nicht übersteigen. Die Versorgung der Witwen von Altersrentnern, die bei Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung entweder schon tot oder invalide waren (1. Januar 1912) wird aus dem Versicherungsrecht herausgenommen und geht wieder auf die Fürsorge über.

Die Bestimmungen aus der Kranken- und Waisenhilfe werden neben verschiedenen kleineren neueren Bestimmungen auch auf die Knappschaftsversicherung übernommen. Für die Unfallversicherung sind entsprechende und sinngemäße Bestimmungen vorgegeben.

Das Fürsorgepflichtgesetz ist dahin abgeändert, daß die oberste Landesbehörde oder von ihr bestimmte Stellen den örtlichen Verhältnissen angepaßte Richtsätze für die Bemessung des notwendigen Lebensunterhaltes der Hilfsbedürftigen festsetzen. Für Sozial- und Kleinrentner und ihnen Gleichgestellte sollen diese Sätze so bemessen sein, daß der Hilfsbedürftige gegenüber der allgemeinen Fürsorge eine angemessene Mehrleistung erhält. Von den Vorschriften des Aufwertungsgesetzes und des Gesetzes über die Ablösung öffentlicher Anteile kann dabei abgegangen werden.

Das Gesetz über die Beschäftigung von Schwerbeschädigten findet nach der Notverordnung nun auch Anwendung auf Unternehmungen, deren Gesellschaftskapital sich zu mehr als die Hälfte im Eigentum des Reiches und der Länder sowie anderer Körperschaften, Stiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechtes befindet.

Befreiung von der Arbeitslosenversicherung.

Im Steinkohlenbergbau.

Die Befreiung der im Steinkohlenbergbau unter Tage beschäftigten Arbeiter und Angestellten sowie ihrer Arbeitgeber von der Beitragspflicht zur Arbeitslosenversicherung ist über den 30. November hinaus bis zum 31. Dezember 1931 verlängert worden.

„Arbeiterrot mit RSD-Mehrheit.“ In der Morgenausgabe des „Vorwärts“ vom Dienstag wird in dem Artikel mit der vorstehenden Uberschrift gesagt, im Arbeiterrat des Hauses Wlstein habe die RSD die Mehrheit, wenn auch nur mit einer Stimme. Bei der Firma Wlstein A.-G. besteht der Arbeiterrat tatsächlich aus je acht Freigewerkschaftern und „Oppositionellen“. Da bei Stimmengleichheit das Los entscheidet, fiel der Vorsitz der RSD zu.

Wächter, Bauarbeiter! Die Firma Reinle u. Co., Baustelle Arbeitsamt Südost Neukölln, Sonnenallee, ist für Zement-Drahtputzarbeit wegen Nichteinhaltung des Tarifvertrages für das Stud. und Gipsbaugewerbe gesperrt. Deutscher Baugewerksbund. Baugewerkschaft Berlin.

SPD-Fraktion der arbeitslosen Buchdrucker. Sitzung der Fraktion am Freitag um 12½ Uhr im Lokal „Nordhorn“, Romanbabenstr. 70, Ecke Neue Grünstraße. Papiet- und Verbandsbuch dienen als Ausweis.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute, 19½ Uhr, tagen die Gruppen: Köpenick: Jugendheim Grünauer Straße 5 (Ruhesaal Spindlersfeld). Das ist Kapellmann? — Gesundbrunnen: Jugendheim Rote Schulz. Goldenburger Str. 2. Die Wirtschaftskassen des Mittelalters. — Schönhauser: Kaser Jugendheim, Friedrichstraße 18 (Feuerwehhaus). Unsere Stellung zum Lohnabbau. — Tempelhofer: Gruppenheim, Kaser Germanenstr. 4-6. Der Zugang zum Jugendheim erfolgt durch den Eingang auf der hinteren Seite der Schule. Mägistrat. Unsere Medals verladen Revanche zu nehmen. — Schöneberg: Reichenderger Str. 86 (Feuerwehhaus). Unser Wollen, unser Wirken. — Köpenick: Jugendheim Leichter Straße 18-19. Das Schlichtungswesen. — Groppe: Jugendheim der 17. Volksschule, Gartenstadt, Kirchplatz (Enghaltestelle Autobus 31). Die Vorkriegs-Schindler oder Wahrheit? — Neukölln: Jugendheim Gutertr. 44. Verlesungen aus den Werken Trancens. — Landberger: Jugendheim Döberstr. 22. Aufgeben und Ziele der FGD. — Prenzlauer: Jugendheim Tiltter Str. 4. Literarischer Abend. — Ostend: Jugendheim Karlshorst, Lesestowallee 4 (Rant-Schule). Der Aufbau des FGD. — Schönhauser: Jugendheim Leichter Straße 2 (rottes Zimmer). Hofmann kommt. — Jugendgruppe des Verbands der Rahmgenossinnen- und Getreidearbeiter: Jugendheim Neus Schönhauser Straße 4-5. Vorkläufer der heutigen Arbeiterbewegung. — Jugendgruppe des Deutschen Reichsbauarbeiter-Verbandes: Jugendheim Gehlsdorfer Str. 37-38. Mit Buch und Schallplatte um die Welt.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Donnerstag, finden folgende Veranstaltungen statt: Köpenick: Jugendheim Leichterstr. 19. Vortrag: Buch und Rädel. Referent: Weigelt. — Prenzlauer: Reichshausen: Jugendheim Groppestr. 14 (rottes Zimmer). Vortrag: Die Stellung des Jugendlichen im Wirtschaftskreislauf. Referent: Bunsel. — Ostend: Jugendheim der Schule Hünner Str. 18. Bunter Abend mit Schallplatten. — Köpenick: Jugendheim Gutertr. 3. Musik- und Volkstanzabend. Referent: Weigelt. — Die freie Angestellten-Bank e. G. m. b. H. tagt heute von 20 bis 22 Uhr im Verbandslokal.

Nun gibt es kein Zögern mehr!

Benutzen Sie die **außerordentliche Billigkeit** unserer heutigen **vorzüglichen Angebote**. Sie empfinden und schenken damit **größte Freude!**



Das Haus für grosse Welten

<p>Das große Lager von Morgenröcken enthält eine unermessliche Fülle von einfachen bis zu den kostbarsten Modellmorgenröcken. Ein schöner warmer Morgenrock in guter Verarbeitung schon ab 4.50</p> <p>Extra weite Morgenröcke für starke Damen in größt. Auswahl</p>	<p>Damen-Regenschirme mit wundervollen Bezügen, lötelig, Hohlgestellen und aparten Griffen 5.- nur</p>	<p>Außergewöhnlich billiges Angebot: Nachmittags-Kleider hochelegant aus vorzüglichem Flamengo, in modernen Formen, unsortierte Größen nur 15.-</p>	<p>Ein enormer Posten Blusen aus herrlichen Stoffen, in reizender Verarbeitung in drei Serien, nur 5:8:12.-</p>
<p>Trainings-Anzüge prima Qualität, mit Reißverschluss, für Sechsjährige 4.- 0.50</p>	<p>Frauen-Mantel aus vorzüglichem Marengo m. reichem Pelzbesatz, selbst für die stärkste Dame . . . nur 39.-</p>	<p>Ski-Anzüge für Damen garantiert schnee- und wetterfest, in drei Serien 18:22:25.- nur</p>	<p>Warme Kleiderröcke aus verschiedenen Stoffen, auch im englischen Geschmack, in drei Serien 5:7:9.- nur</p>
<p>Original-Wiener Strick-Pullover lversch. Farben nur 7.- Reinswollene Herren- und -Pullover in all. Größ. nur 9.-</p>		<p>Unsere vorzügliche Weihnachtswäsche: Gute Linon-Bettgarnituren mit einem platten u. einem gestickten Kopfkissen nur 6.75</p> <p>Halbleinen Bettlaken 130/225 nur 3.95</p> <p>Parade-Kopfkissen reich mit Mohlsaum und Klöppelspitze garniert nur 2.95</p> <p>Damen- u. Bademantel aus gutem Frotteestoff in neuen Mustern . . . nur 9.-</p> <p>Warme Damen- u. Herren-Schlafanzüge 5.75 nur</p>	

Präsidentenwahl in Darmstadt.

Hilfer-Mann Präsident des Landtags mit Zentrumshilfe.

Darmstadt, 8. Dezember. (Eigenbericht.)

Der 5. Hessische Landtag trat am Dienstagmittag um 12 Uhr zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Die Tribünen waren überfüllt. Vor dem Landtagsgebäude hatte sich eine große Menschenmenge angeammelt, der durch die Polizei der Zutritt in das Gebäude verweigert wurde.

Der frühere Deutschnationalen Abgeordnete und jetzige Nationalsozialist Professor Dr. Werner wurde zum ersten Präsidenten gewählt. Für ihn stimmten außer den Nazis das Zentrum und die bürgerlichen Splitterparteien. Mit Hilfe der Nationalsozialisten wurde als erster Vizepräsident der Zentrumsabgeordnete Wecker gewählt. Der bisherige Präsident, der sozialdemokratische Abgeordnete Delp, wurde bei Stimmenthaltung der Nationalsozialisten zweiter Vizepräsident.

Staatspräsident Abelung stellte zu Beginn der Sitzung die Komiker der Minister zur Verfügung. Er erklärte zugleich, daß seine Regierung bis zur Ernennung eines neuen Kabinetts die Geschäfte weiterführen werde.

Die zwölf Punkte der Nazis.

Darmstadt, 9. Dezember. (Eigenbericht.)

Die „Bedingungen“, die die Nationalsozialisten an die Bildung einer Regierung mit dem Zentrum geknüpft haben, werden gemäß den gegenseitigen Abmachungen zunächst noch streng geheimgehalten. Man hört jedoch von Zentrumsseite, daß die von den Nationalsozialisten als „unabänderlich“ bezeichneten „Bedingungen“ für das Zentrum unannehmbar seien. Ueberhaupt scheint man den Nazisbedingungen in Zentrumskreisen keineswegs die Absicht einer ernsthaften Zusammenarbeit zwischen Zentrum und Nazis in einer Regierung beizumessen. Dieser Eindruck erfährt von nationalsozialistischer Seite insofern eine gewisse Bestätigung, als man dort keinen Hehl daraus macht, daß die Bedingungen vom Zentrum niemals angenommen werden könnten.

Die Aufgabe der Hochschulg Jugend.

Ansprache Otto Brauns.

Der republikanische Deutsche Studentenverband veranstaltete gestern einen Tee-Abend für die republikanischen Hochschulpromotoren Berlins. Für den Kampf gegen den Hochschulschulismus ist die enge Zusammenarbeit republikanischer Dozenten und Studenten erste Voraussetzung. Eine große Anzahl Professoren waren der Einladung gefolgt, darunter die Direktoren der Handels- und der Landwirtschaftlichen Hochschule. In später Stunde trafen noch der Ministerpräsident Otto Braun und Kultusminister Grimme sowie Innenminister Seevering ein. Otto Braun führte aus:

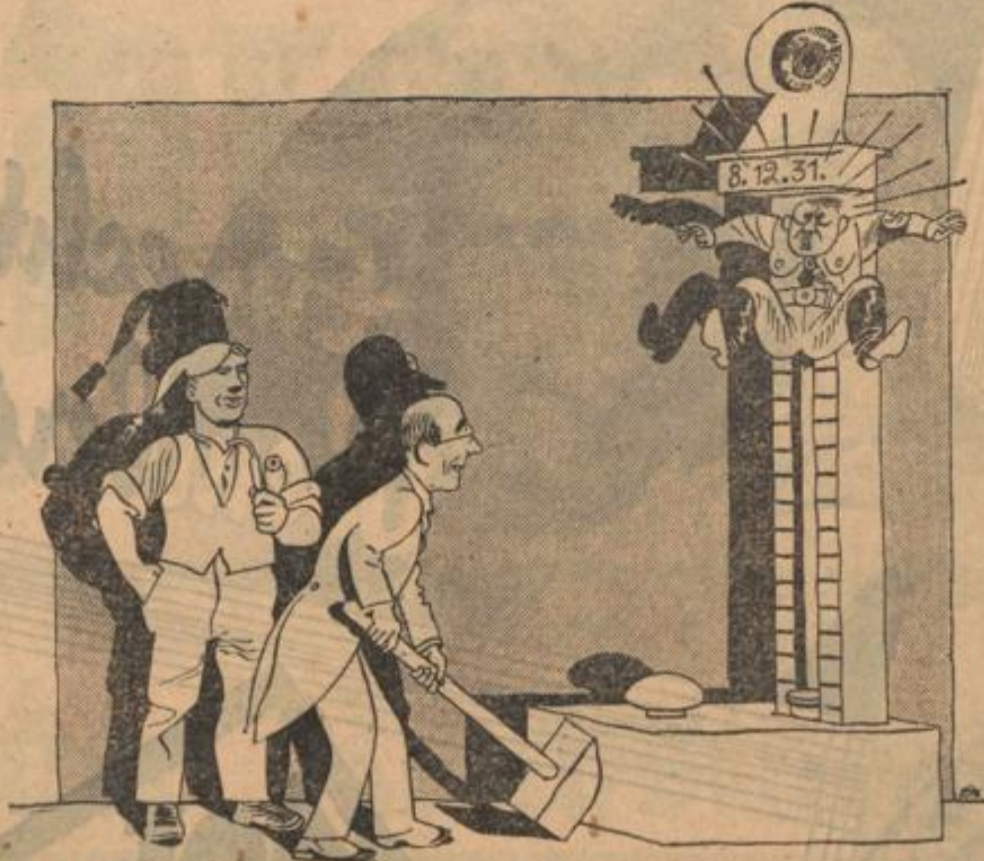
„Es wird oft im Volk und wohl auch in der akademischen Jugend der Begriff des Staates noch nicht richtig aufgefaßt. Hier ist noch etwas zurechtzuredigen aus der alten Zeit. Man sieht den Staat noch neben dem Volkskörper stehen, während heute doch der Staat das Volk ist. Es ist falsch, den Männern, die die Verantwortung in den letzten zwölf Jahren getragen haben, die Schuld zuzuschreiben. Es wurde in den letzten Jahren manchmal zuviel diskutiert und zu wenig getätigt. Man vergaß manchmal, daß das, was dem deutschen Volk in einer historischen Situation angetragen war, jetzt erst noch ertragen werden muß. Aus einer Monarchie kann man in fünf Minuten eine Republik machen, aber es dauert lange, bis aus einem Volk, das in jahrhundertlangem monarchischer Tradition aufgewachsen ist, Republikaner geworden sind! Die nationalsozialistische Bewegung gleicht einer Epidemie; wie eine solche darf sie nicht allein mit Medikamenten bekämpft werden, sondern es müssen die natürlichen Heilkräfte des Organismus mobilisiert werden. So wird man sich auch hier nicht allein auf die Polizei verlassen dürfen, sondern die lebendigen Abwehrkräfte im Volkskörper zu stärken haben. In dieser Hinsicht gelang in den letzten Wochen genug. Die Suggestion, die von den Nationalsozialisten ausgeht, scheint auch viele Republikaner zu ergreifen, die sich einem verberblichen Fatalismus hingeben. Deshalb ist es notwendig, nicht fortgesetzt oben auf die Regierung zu sehen, sondern selbst zu finden, was zu tun sei. Wenn ich daran denke, wie ich jahrzehntlang politisch gekämpft habe, wie ich gegen die preussische Polizei zu kämpfen hatte, so wird man es verstehen, wenn ich mich jetzt nach Möglichkeit in nicht allzu hartem Maß der Polizei widmen möchte. Die Akademiker dürfen nicht in den Irrtum verfallen zu glauben, daß es allein auf die Massenwerbung ankommt. Wichtiger als im Sportpalast Massenveranstaltungen zu machen, ist es, wenn 1000 Menschen in ihrem engsten Kreise werden. Denn wenn man mit dem einzelnen spricht, so kann man ihn an seiner vernünftigen Seite packen, während er in der Masse vielfach unzugänglich und unerreicher bleibt. Vor allem aber müssen wir mit der Riesmacherei Schluss machen, die nicht am Platze ist. Wir haben in den letzten Jahren Zeiten erlebt, die schlimmer noch waren als die Gegenwart und haben doch immer wieder herausgefunden. Auch die nationalsozialistische Epidemie werden wir überwinden können, wenn alle sich bemühen, daß sie der Staat sind und wenn alle bereit sind, für diesen Staat ihre ganze Kraft einzusetzen!“

Verhinderte Sabotage.

Der Rechtsausschuss des Reichstages wehrt sich.

Der Rechtsausschuss des Reichstages gehört zu denjenigen Ausschüssen, deren Vorsitzende Nationalsozialisten sind, die die Arbeiten dieser Ausschüsse auf jede Weise durch Nichterfüllung zu sabotieren versuchen. Insofern dessen hat der Rechtsausschuss des Reichstages beschlossen, daß die stellvertretenden Vorsitzenden die Ausschüsse ebenfalls einberufen und eventuell Neuwahlen für den Vorsitz vornehmen lassen können. Der stellvertretende Vorsitzende des Rechtsausschusses Landsberg (Soz.) hatte so verfahren und den Rechtsausschuss für Mittwoch, den 9. Dezember, einberufen, um eine seit langem angekommene Fülle von Arbeiten erledigen zu lassen. Als die Ausschussführung begann, erhob sich der Deutschnationalen Abgeordnete Dr. Everling und protestierte im Dienste der Nationalsozialisten gegen die Tagung. Der Ausschuss sei nicht durch den Vorsitzenden einberufen, er sei infolgedessen nicht da und bedeute lediglich eine gefällige Veranstaltung. Die sozialdemokratischen Abgeordneten Landsberg und Karum und der Zentrumsabgeordnete Bell traten dieser Auffassung entgegen. Sie verwiesen darauf, daß sich kein Ausschuss auf die Dauer die Sabotage durch nationalsozialistische Vorsitzende gefallen lassen könne.

Unter Stimmenthaltung der Deutschnationalen wurde dann einstimmig ein Antrag Karum angenommen, durch den der Ausschuss über den Protest des Abg. Everling zur Tagesordnung überging. Das ganze persönliche Verhalten der Deutschnationalen Abgeordneten Dr. Everling und Berndt, die sich wie eine Art Naz und Kritz



Immerhin ein Anfang!

Severing gegen Frondeure.

Abbruch der Beziehungen zur Polizei-Offizier-Vereinigung.

Die Vereinigung der Polizeioffiziere Preußens hat sich in einem Protestschreiben an den preussischen Innenminister gegen die Verlegung des Berliner Polizeimajors Lewit nach Gleiwitz ausgesprochen. Auf dieses Schreiben hat der preussische Innenminister Severing am Mittwoch folgende Antwort erteilt:

„Ihr Schreiben vom 7. Dezember d. J. zwingt mich, den Ihnen aus ähnlichem Anlaß bereits in Aussicht gestellten Abbruch der Beziehungen zur Polizei-Offizier-Vereinigung durch das Ministerium des Innern und sämtlicher ihm unterstellten Polizeibehörden nunmehr vorzunehmen. So sehr ich bisher bestrebt war und auch in Zukunft bemüht bleiben werde, bis von Ihrer Vereinigung verfolgt werden materielle und ideellen Interessen der Polizeioffiziere zu fördern, so entschieden muß ich Ihre Verjagung, in den Dienstbereich der Polizei-Preußens einzugreifen, zurückweisen. Ihr Schreiben vom 7. Dezember ist ein neuer Versuch dieser Art. Die mir übermittelte Stellungnahme ist nach Lage des zur Erörterung stehenden Falles sachlich unrichtig und unberechtigt, ihre Bekanntgabe an die Presse geradezu skandalös. Die Polizei-Offizier-Vereinigung hat oft, so auch noch in letzter Zeit, nach Bohrung der Disziplin gerufen; demgegenüber erweist das jetzt erfolgte, in höchstem Maße disziplinwidrige und disziplingefährdende Hervortreten den peinlichsten Zweifel, ob es der Vereinigung wirklich um die Wahrung des Zusammenhalts

der Polizei zu tun ist. Sie können sich darauf verlassen, daß dieser Zusammenhalt unter allen Umständen gewahrt bleibt.

Im übrigen muß ich auf Grund genauester Kenntnis des Geistes, der in der Polizei herrscht, wie auch persönlicher Bekanntschaft mit zahlreichen Polizeioffizieren auf das entschiedenste bestreiten, daß die der Presse und erst danach mir übergebene Darstellung über die Stimmung Ihrer Mitglieder deren wirklicher Ueberzeugung entspricht. Nach Lage der Sache kann es sich nur darum handeln, daß einige wenige, unrichtig informierte oder voreingenommene ortsansässige Mitglieder das mir zugestellte Schreiben verfaßt haben, das um so grotesker wirkt, als es auf Grund seines Wortlauts, ohne jede Legitimation, beansprucht, zugleich als Willensfundgebung der Masse der Polizeiwachmeister zu gelten.

Unter diesen Umständen lehne ich die Annahme des wieder beigefügten Schreibens, zugleich aber auch jeden weiteren Verkehr mit der Vereinigung der Polizeioffiziere Preußens ab.

Diese offene Sprache Severings gegenüber einem Verband, der es sich bisher fast immer nur zur Aufgabe gemacht hat, reaktionäre Elemente innerhalb der Polizei zu decken, ist geradezu wühlerisch. Wohnend vor allem im gegenwärtigen Augenblick, in dem die reaktionären Herrschaften um den Führer der Vereinigung der Polizeioffiziere Preußens, den abgebauten Polizeioberst Dillenburger, angesichts der Großmäuligkeit der Nazis Morgenluft wittern!

aufführten, zeigte, daß es sich nicht einmal um eine ernsthafte politische Obstruktion, sondern um ein recht kindisches Wandern handelte. Als der Abgeordnete Dr. Rases unter großer Heiterkeit des Ausschusses feststellte, daß trotz der angeblichen Nichtanwesenheit des Ausschusses die Herren Deutschnationalen sich doch vorsichtshalber in die Diätenanwesenheitsliste eingetragen hätten, erhob sich der Fürstenanwalt Everling und erklärte zynisch: „Es liegt in unserem Ermessen, ob wir da sind oder nicht da sind.“ Doch unter erwachsenen Menschen eine derart kindische Komödie überhaupt aufgeführt werden kann, ist ein deutlicher Beweis dafür, bis zu welchem Grade von Würdelosigkeit sich die Deutschnationalen in das Gefolge der Nationalsozialisten begeben haben.

Nach dem mißglückten Sabotageversuch der Deutschnationalen begann der Rechtsausschuss seine sachliche Arbeit.

Das Recht der weiblichen Beamten.

Sozialdemokratische Verbesserungsanträge angenommen.

Im Haushaltsausschuss des Reichstages wurde der von der Zentrumsparterie eingebrachte Gesetzentwurf über die Rechtsstellung der weiblichen Beamten in allgemeiner und in Einzelberatung erledigt. Er fand durch sozialdemokratische Anträge eine wesentliche Umgestaltung. Grundständig wurde als Antrag des Abg. Dr. Böller (Soz.) festgelegt, daß verheiratete weibliche Reichsbeamte jederzeit auf ihren Antrag aus dem Beamtenverhältnis zu entlassen sind. Aber die vorgesehene Dienstbehörde kann die Entlassung eines unfindbaren weiblichen Beamten nur verfügen, wenn dessen wirtschaftliche Versorgung unter Berücksichtigung der Höhe des Familieneinkommens dauernd gesichert erscheint.

Die vorgesehene Dienstbehörde darf nach sozialdemokratischem Vorschlag aber nicht selbständig entscheiden. Sie muß dazu die Entscheidung einer nach besonderen Vorschriften zu bildenden Schiedsstelle einholen. Nur dann, wenn der Ehemann in unfundierter Beamtenstellung ist, darf die Reichsbehörde die Entlassung verfügen, ohne daß die Schiedsstelle entscheidet.

Der entscheidende § 7 des Zentrumsvorwurges sah vor, daß das neue Reichsrecht überdies ohne die eben erwähnten sozialdemokratischen Verbesserungen auch auf die Länder übertragen werden könne. Dieser § 7 wurde gestrichen. Dadurch ist erreicht, daß das neue Gesetz insbesondere nicht in die Schulverwaltungen der Länder eingreift.

Weiter wurde beschlossen, daß denjenigen verheirateten weiblichen Beamten, die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes aber nach dem 1. Oktober 1931 wegen Verheiratung ausgeschieden sind, eine Abfindungssumme in der im Gesetz vorgesehenen Höhe zu zahlen ist.

Diese Abfindung gilt selbstverständlich für die Zukunft für jeden Fall, in dem ein verheirateter weiblicher Beamter aus eigenem Willen aus der Reichsverwaltung ausscheidet oder nach den erwähnten Vorschriften entlassen wird.

Das ganze Gesetz in seiner jetzigen Gestalt erfüllt nicht alle berechtigten Wünsche, aber schafft im wesentlichen umfangreiche Verhältnisse.

Dalucca's Einreise nach Polen verweigert ohne Angabe von Gründen.

Die Tänzerin Dalucca war von einer bekannten polnischen Konzertdirektion zu einer Tournee durch Polen verpflichtet worden. Trotz mehrwöchiger Verhandlungen mit polnischen Behörden und ungeachtet der Unterstützung durch die deutsche Gesandtschaft in Warschau und die polnische Gesandtschaft in Berlin wurde der Künstlerin in letzter Stunde am Aufführungstage selbst die Einreisevermittlung ohne Angabe von Gründen verweigert.

Etwas Ähnliches ist vor kurzem der Berliner Tänzerin Ellinor Bahrdt passiert. Sie hatte einen Gastspielvertrag in Riga abgeschlossen und erhielt in letzter Stunde, ebenfalls ohne Angabe von Gründen, die Mitteilung, daß ihr die Einreisevermittlung nicht erteilt werde.

Die deutschen Behörden sind in dieser Hinsicht weiberziger. Und sie können es auch sein, denn die deutsche Tanzkunst hat von der Konkurrenz des Auslandes nichts zu befürchten.

Wieder Straßentrieg!

Nazis feuern auf Kommunisten. — 1 Toter, 2 Schwerverletzte

Gestern Abend hielten Anhänger der kommunistischen Partei in Ahrens'sen Fährten in der Berliner Straße 88 in Charlottenburg eine Versammlung ab. Gegen 10 Uhr abends begaben sich einige der Versammlungsteilnehmer auf den Heimweg.

Als sie die nächste Querstraße, die Lohmeyerstraße, passieren wollten, landeten plötzlich etwa 20 Nationalsozialisten auf, die sich sofort auf ihre Gegner stürzten. Sie feuerten dabei mehrere Schüsse ab, durch die drei Kommunisten schwer verletzt wurden, der eine am Arm, der andere am Becken und der dritte am Hals. Dann ergriffen die Täter die Flucht.

Man schaffte die drei Schwerverletzten nach dem Westend-Krankenhaus, wo der mit dem Halswund bald danach seinen schweren Verletzungen erlag. Die inzwischen alarmierte Polizei nahm die Verfolgung der Unruhmacher auf und konnte neun Kommunisten und vier Nationalsozialisten festnehmen.

Die Namen der Schwerverletzten und des Toten stehen noch nicht fest.

